



## Globalisierungs-Krise und die Globalisierungs-Kritik des Rechtspopulismus<sup>1</sup>

Gerhard Stapelfeldt

Zitation: Stapelfeldt, Gerhard (2021): *Globalisierungs-Krise und die Globalisierungs-Kritik des Rechtspopulismus*, in: *Kritiknetz - Zeitschrift für Kritische Theorie der Gesellschaft*

© 2021 bei [www.kritiknetz.de](http://www.kritiknetz.de), Hrsg. Heinz Gess, ISSN 1866-4105

In den *Krisen des Neoliberalismus* bricht der *Widerspruch von neoliberaler Globalisierung und neoliberalen Volks-Gemeinschaften* auf. Die Globalisierung entspricht dem neoliberalen Dogmatismus durch dessen Totalitäts-Anspruch. Die Volks-Gemeinschaft entspricht dem neoliberalen Dogmatismus, weil in der irrationalen Ordnung der neuen Freiheit die Menschen atomisiert sind durch ihre gesellschaftliche Bewußtlosigkeit und daher sich ihre Einheit bestätigen müssen gegen Externe, die durch die Gemeinschaft nicht nur als Fremde gesetzt sind, sondern auch als Feinde in einem Wettbewerbs-Kampf ums Überleben. So zerfällt die *neoliberale Globalisierung* in den sozialdarwinistischen *bellum omnium contra omnes* von *neoliberalen Volksgemeinschaften*, die ihrerseits eine *bewußtlose, konformistische Einheit einander entgegengesetzter Atome* bilden, die miteinander um knappe Güter kämpfen.

Der *Neoliberalismus* beginnt seinen Siegeszug durch die *Krise des systemrationalen Staatsinterventionismus* von 1971/81. Um 1990 ist der neue Liberalismus das weltweit herrschende Ordnung: die *„Neue Weltordnung“*, die *„Globalisierung“*. Nach 2000, vor allem nach 2007/08, gerät die *neoliberale Weltordnung selbst in die Krise*, die in einer Konstellation von Krisen erscheint. Gegen die *neoliberale Globalisierung* treten *neoliberale Volksgemeinschaften* auf; gegen die neoliberale Globalisierung formiert sich die *Kritik der internationalen Bewegung des Rechtspopulismus*.

---

<sup>1</sup> Der Text ist ein Kapitel meiner Abhandlung: *Globale Krisen, konformistische und dialektische Kritik. Orientierungen in der schönen Welt des neuen Liberalismus*, die voraussichtlich 2021 im Verlag Dr. Kovac, Hamburg, erscheint.

Der *systemrationale Staatsinterventionismus* wird in den USA im Jahre 1933 durch den neu gewählten Präsidenten Franklin D. Roosevelt unter dem Titel ‚*New Deal*‘ eingeführt. *New Deal* ist die Reaktion auf die Weltwirtschaftskrise von 1929/33, die als Krise der Unterkonsumtion und der analogen Überproduktion von Kapital und Waren aufgefaßt wird. Konsequenterweise zielt die neue Politik-Ökonomie darauf, durch defizitär finanzierte staatliche Eingriffe die gesellschaftliche Konsumtion zu steigern. Das soll im Inneren der Nationalökonomie gelingen durch sozialstaatliche Maßnahmen und eine aktive Infrastrukturpolitik sowie durch die Stärkung der Gewerkschaften. Das soll im Außenverhältnis der US-Nationalökonomie gelingen durch die Abwertung des US-Dollar im Verhältnis zum Gold auf das Niveau von 35\$ gleich 1 Unze Gold; durch Auslandshilfe; durch einen begrenzten Freihandel. – Diese Elemente von *New Deal* werden 1944/48 die Grundlage der Weltwirtschaftsordnung, die im *System von Bretton-Woods* verankert ist: der Gold-Dollar mit der administrativ gesetzten und verteidigten Parität von 35\$ = 1 Unze Gold wird zur Basis eines internationalen Währungssystems, das vom *International Monetary Fund (IMF)* verwaltet wird; die Auslandshilfe wird verallgemeinert und als Aufgabe der *International Bank for Reconstruction and Development (IBRD: Weltbank)* übertragen; der Freihandel wird zur Ordnung des *General Agreement on Tariffs and Trade (GATT)*.

Diese Ordnung von Bretton-Woods bricht in der Weltwährungs-, Weltfinanz- und Weltwirtschaftskrise von 1971/81 zusammen. – Zentral ist der *Ausfall des Gold-Dollar* als Fixpunkt des Weltwährungssystems. Die Garantie der Gold-Dollar-Parität von 35\$ = 1 Unze Gold erweist sich nach 1960 als destruktiv (siehe Friedman 1962: 81-89). Gemessen an der allgemeinen Preissteigerungsrate hätte die Parität auf etwa 100\$ = 1 Unze Gold angehoben werden müssen. Der Bretton-Woods-Goldpreis, der 1934 noch eine Abwertung des Dollar bedeutete, ist 1960 eine massive Dollar-Aufwertung mit den entsprechenden Folgen: Importe werden immer billiger, Exporte immer teurer – die unausgeglichene Zahlungsbilanz läßt US-\$ abfließen, ausländische Besitzer von US-\$ kaufen in den USA das Gold unter dem Weltmarkt-Preis, bis die Federal Reserve die Gold-Dollar-Parität nicht mehr aufrechterhalten kann. 1971 kündigen die USA diese Parität, 1973 die fixen Paritäten gegenüber den Bretton-Woods-Mitgliedswährungen. An die Stelle administrativ fixierter tritt ein marktwirtschaftliches System flexibler Wechselkurse: der *Monetarismus*. – Die Folge ist ein nicht länger durch fixe Währungsparitäten geregelter Welthandel, sondern ein globaler de-regulierter Wettbewerbsmarkt: der *Neoliberalismus*. Die Folge dieses *Übergangs vom Staatsinterventionismus zum Neoliberalismus und Monetarismus* ist eine *Weltwirtschaftskrise*: die Weltökonomie weist 1975 ein Wachstum von 1,73%, 1981 von 0,9% auf – liegt also unter der kritischen Marke von 3%.

*Neoliberalismus und Monetarismus* werden nach 1975 sukzessiv zu den *Ordnungsprinzipien der kapitalistischen Weltökonomie*. Aus der Perspektive beider Lehren erscheint die *Krise von 1971/81 als Überkonsumtionskrise*, verursacht durch einen in die Ökonomie regulierend eingreifenden Staat, vor allem durch den Sozialstaat, sowie durch mächtige Gewerkschaften. – Also gilt es, nach der Ordnung der neuen Freiheit: die staatlichen Regulierungen durch *De-Regulierungen* zu beseiti-

gen und somit den Wettbewerb freizusetzen; administrativ den Wettbewerb vor selbst-destruktiven Tendenzen zu bewahren (*Re-Regulierung*); den *Sozialstaat drastisch einzuschränken*; die *Macht der Gewerkschaften zu brechen*. – Neoliberalismus erwarten als Folge eine Verlagerung gesellschaftlichen Reichtums zur *Produktion*: steigende Investitionen, neues Wirtschaftswachstum, neue Arbeitsplätze, steigende private Einkünfte, steigende Steuereinnahmen des Staates.

*Implementiert werden Neoliberalismus und Monetarismus* zuerst auf der Ebene der *Nationalökonomien*. Nach 1975 werden die Entwicklungsländer der *Dritten Welt* wesentlich durch den IMF unter die neue Ordnung gezwungen: Chile (nach 1975), Peru (nach 1977), Mexico (nach 1982) und die weiteren Staaten Lateinamerikas. – Implementiert werden Neoliberalismus und Monetarismus sodann um 1980 in den Ländern der *Ersten Welt*: Großbritannien (M. Thatcher: 1979ff.), USA (R. Reagan: 1981ff.), BR Deutschland (H. Kohl: 1982ff.). – Implementiert werden Neoliberalismus und Monetarismus weiter auf der Ebene *weltregionaler Wirtschafts-Zusammenschlüsse*. Die EU führt 1993 den neoliberal verfaßten Gemeinsamen Markt, 2002 die monetaristisch konstruierte Gemeinschaftswährung, den Euro, ein. – Implementiert werden Neoliberalismus und Monetarismus endlich um 1990, durch den Zusammenbruch des autoritären Staatssozialismus in Mittel- und Osteuropa (*Zweite Welt*), als *Neue Weltordnung* (G. Bush, 1991), die seit 1995 – mit der Gründung der *World Trade Organization* (WTO) – *Globalisierung* heißt. – Die Globalisierung, hervorgegangen aus der Krisis des administrativ gelenkten Kapitalismus, erscheint um 1995 als potentiell krisenfreie Ordnung, als *krisenfreier Kapitalismus*.

Erste Zeichen indes deuten darauf, daß der *globale Neoliberalismus selbst nicht ohne Krisen* ist: daß die neoliberale Auffassung der Krisis von 1971/81 als *Überkonsumtionskrisis eine Täuschung* ist. Denn der neue Liberalismus positioniert sich nur als ein politisch-ökonomischer *Irrationalismus*, als eine dem *Rationalismus* des Staatsinterventionismus entgegengesetzte, selbst *vorausgesetzte Ordnung*. Der prätendierte Irrationalismus des neuen Liberalismus impliziert, daß die *alten Krisen nicht rational begriffen* sind und darum *nur reproduziert werden können*. – Nach 1990/95 geraten die Staaten der ehemaligen Zweiten Welt in eine *Transformationskrisis*, die noch als Übergangskrisis abgetan werden kann. Auch die ‚*Rußland-Krise*‘ von 1998 kann noch so aufgefaßt werden. Die vor dem gefeierte ‚*Tigerstaaten*‘ Südostasiens geraten 1997 in die Krise; da wird es schon schwieriger, die Krise noch einem alten System zuzuordnen. – Gänzlich schwierig wird es mit der ‚*dot-com-Krise*‘ von 2000: der Krise der *New-Economy-Unternehmen* der Informationstechnologie, die die Globalisierung durch das Internet und Mobiltelefone sowie Computer anzutreiben schien und ein virtuell-grenzenloses Wachstum versprach – das sich als Illusion erwies.

2007/08 beginnt die *Krisis des globalen Neoliberalismus*. Der Kapitalismus scheint sich *im Kreis* zu drehen: Nahm der Neoliberalismus seinen Ausgang aus einer Währungs-, Finanz-, Staatsschulden- und Wirtschaftskrise, so gerät der globale Neoliberalismus endgültig 2008 in eine Finanz-, Wirtschafts-, Staatsschulden- und Währungskrise. Der Krisen-Zyklus von 1971/81 bis 2000/2008 indi-

ziert, daß der *Neoliberalismus nicht über die kapitalistischen Systemwidersprüche hinaus* ist, sondern diese in veränderter Weise reproduziert.

Die *Krise von 2008ff.* beginnt im Jahre 2000: Die US-Zentralbank, die Federal Reserve, hatte als Reaktion auf die *dot-com-Krise* den *Leitzinssatz* unter die Inflationsrate gedrückt, um Investitionen zu begünstigen. Dadurch stiegen die Kreditnahmen zu variablen Zinssätzen von Bürgern, die ohne ausreichende Bonität waren. – Das bei Hypothekenbanken aufgenommene Geld wurde zum *Kauf oder Bau von Immobilien* verwendet. Den Banken schien die Kreditvergabe risikolos, weil bei Zahlungsunfähigkeit der Schuldner die Immobilie als Sicherheit verfügbar war. – Um am Geschäft grenzenlos teilnehmen zu können, umgingen die Banken die Mindestreserve-Vorschriften, indem sie die *Subprime-Kredite verbrieften*, also mit ‚guten‘ Krediten zu Wertpapieren bündelten, an eigens gegründete Zweckgesellschaften in ‚Steuerparadiesen‘ verkauften, die die Wertpapiere als Sicherheiten für neue Kredite verbuchten: *Schulden wurden zu Sicherheiten für neue Schulden*. – Als *2006 die Leitzinssätze stiegen*, erwiesen sich einige *Millionen Schuldner als zahlungsunfähig*. Da die von ihnen erworbenen *Immobilien*, nach dem Bauboom, an Wert verloren hatten, bildeten sie für die Banken *keine ausreichende Sicherheiten*. Hypotheken-Kredite und Hauswerte von einst 8 Bio. US-Dollar lösten sich in Nichts auf. *Am 15.9.2008 mußte die Investment-Bank Lehman Brothers Konkurs anmelden*. – Nun regulieren, seit dem Ende des Bretton-Woods-Systems, die Zentralbanken die umlaufende Geldmenge nicht mehr entscheidend, indem sie Geschäftsbanken Geld leihen; sondern die Geschäftsbanken leihen sich untereinander Geld. Fällt in diesem Kreditgeschäft eine Großbank, ist das gesamte Bankensystem gefährdet. Die Krise bei Lehman Brothers löste eine Krise des Bankensystems insgesamt aus: eine *globale Krise des Weltfinanzsystems*.

Weil Industrie- und Dienstleistungs-Unternehmen ihre Rationalisierungen durch Kredite finanzieren, erweiterte sich die *globale Finanzkrise* zu einer *globalen Wirtschaftskrise*. – Die Finanz- und Wirtschaftskrise mußte eine *Krise der Staatsfinanzen* hervorbringen: Steuereinnahmen sanken, Sozialausgaben angesichts der Arbeitslosigkeit stiegen. Vor allem kommen im Neoliberalismus dem Staat die Aufgaben der Re-Regulierung des Wettbewerbs zu und der Funktionssicherung der Ökonomie als Ganzer zu: Die Staaten mußten durch Aufnahme von *Staatsschulden* in bislang ungekannter Größe: Banken, Industrie- und Dienstleistungs-Unternehmen vor dem Konkurs retten und teilweise auch verstaatlichen; sie mußten zudem den privaten Konsum stützen, um die Produktion in Gang zu halten. Wird die Kreditvergabe an die Schuldenstaaten endlich fragwürdig, weil *Staaten ihrem Schuldendienst nicht nachkommen* können, müssen *Staaten andere Staaten stützen*: Die Zinssätze für die Schuldenstaaten steigen, jene für zahlungsfähige Staaten sinken. – Die Krise der Staatsfinanzen wird endlich zur *Währungskrise*, weil der durch die Verschuldung umlaufenden Geldmenge kein analoges Wachstum von Gütermengen und Dienstleistungen gegenübersteht.

Dieses Szenario, entstanden in den USA, hat die *Vereinigten Staaten* – durch die ohnehin hohe Staatsverschuldung aufgrund von Kriegseinsätzen und Steuersenkungen für Reiche unter G. W.

Bush (2001-2009) – am 1./2.8. 2011 an den Rand der *Zahlungsunfähigkeit* gebracht. Dagegen ist seit 2008/ 09 die *Tea-Party-Bewegung* aufgetreten mit der *neoliberalen* Forderung nach Reduktion des Staatsinterventionismus. – Dieses Szenario hat die *Europäische Union* in die *Euro-Krise* getrieben: die extrem hohe Verschuldung vor allem Griechenlands, Spaniens, Italiens und Portugals. Dagegen sind die *Rechtspopulisten* wie die Partei ‚*Alternative für Deutschland*‘ (AfD) aufgetreten mit der *neoliberalen* Forderung nach Reduktion des Staatseingriffs und der *nationalistischen* Forderung nach Restitution der deutschen *Volks-Ökonomie*.

Die *Krise des zur ‚Globalisierung‘ verallgemeinerten Neoliberalismus* findet mithin ihre bedeutendste *Kritik* in der Politik-Ökonomie der *neoliberalen Volks-Gemeinschaften*: im gegenwärtig weltweit verbreiteten *Rechtspopulismus*.

Der *völkische Neoliberalismus* ist ein *Populismus*, weil er sich anmaßt, den „allgemeinen (vereinigten) Volkswillen“ (Kant, Bd. XI: 151) zu repräsentieren, ohne dies durch einen „ursprünglichen Vertrag“ oder eine in öffentlicher Aufklärung gebildete *volonté générale* legitimieren zu können. Der *Rechtspopulismus* *supponiert eine irrationale Volkseinheit*.

Der *Rechtspopulismus* ist der politische Ausdruck der *neoliberalen Volksgemeinschaft*, die sich der *neoliberalen Globalisierung* *entgegensetzt*. Der zur Weltordnung verallgemeinerte Neoliberalismus zerfällt in sich, weil die *spontane Ordnung des Wettbewerbs* eine Ungleichheit der Wettbewerber voraussetzt und setzt: als *Sieger und Verlierer* im Kampf um knappe Güter, im Kampf ums Überleben. Im *Rechtspopulismus* vereinigen sich die *Verlierer der Globalisierung*: jene Einzelnen, jene sozialen Klassen, jene Nationen, die Verlierer im globalen Wettbewerb sind und daher in ihrer Existenz bedroht sind. Wenn der Neoliberalismus, durch seine gesellschaftliche Irrationalität, eine sowohl erinnerungslose als auch anti-utopische, hoffnungslose Totalität ist, so scheint keine *Globalisierungs-Kritik* möglich, die über den Neoliberalismus hinaus wäre. Diese Kritik ist die Theorie und Praxis des *Rechtspopulismus*: der *neoliberalen Volksgemeinschaft*, die gegen die neoliberale Weltordnung rebelliert, indem sie sich paradox auf den Neoliberalismus stützt: es ist eine *irrationale, Verhältnisse individualisierende, erinnerungs- und hoffnungslose, eine konformistische Kritik*.

Der *Rechtspopulismus* forciert ökonomisch den *Vorrang der Volks-Ökonomie*, politisch den *autoritären Staat*. Er vereint Theorie und Praxis des *Neoliberalismus* mit einem *inner- und internationalen Sozialdarwinismus*: mit Xenophobie, mit Rassismus, mit Antisemitismus – weil die atomistisch gespaltene *neoliberale Volksgemeinschaft eines Feindes bedarf*.

Unmittelbar ist der *Neoliberalismus*, zur Weltordnung gelangt durch die Krise des administrativ gesteuerten, *systemrationalen Staatsinterventionismus*, sozialphilosophisch dem Positivismus, politisch-ökonomisch dem Keynesianismus entgegengesetzt: als politisch-ökonomisch *irrationale Ordnung der Freiheit*. Das gilt für die neoliberale Globalisierung ebenso wie für die neoliberale Volksgemeinschaft.

In weiterer Perspektive ist der *Neoliberalismus*, als neoliberale Globalisierung ebenso wie als neoliberale Volksgemeinschaft, dem *klassischen Liberalismus der bürgerlichen Aufklärung und liberalen Revolutionen*, als *gegenwärtige Gestalt der Gegenaufklärung und Restauration entgegengesetzt*. – Der Neoliberalismus ist ökonomisch der *liberalen Ökonomie der invisible hand, dem Freihandel und der freien Konkurrenz* entgegengesetzt, weil er die Vernunft der invisible hand durch die Irrationalität anonymer „Kräfte“ (Hayek 1952: 89ff.) substituiert, die im darwinistischen Wettbewerbs-Kampf um knappe Güter nicht den Wealth of Nations, sondern das „Überleben der Erfolgreichen“ und die „selektive Ausmerzung“ der Erfolglosen (Hayek 1960: 34, 46, 69) durchsetzen. – Der Neoliberalismus ist politisch dem *liberalen Staat der Republik und der Demokratie* entgegengesetzt: Dem Logos des darwinistischen Wettbewerbs folgend wird der Staat des Neoliberalismus nicht auf die Vernunft des allgemeinen Interesses gestellt, sondern auf den *Partikularismus von Volksgemeinschaften*, die sich in einem bellum omnium contra omnes ums Überleben durchgesetzt haben. Daher ist der Partikularismus sozialbiologisch bestimmt – als die *sozialbiologische Einheit des Volkes*.

In *Deutschland* kehrt im *Rechtspopulismus* der vom erinnerungslosen Neoliberalismus verdrängte *Nationalsozialismus* wieder; der Neo-Nationalsozialismus findet auch Anhänger in vielen weiteren Staaten. Das Hakenkreuz wird von Deutschland bis zu den USA getragen. *Rechtspopulisten* akzentuieren entweder den Neoliberalismus oder den Neo-Nationalsozialismus.

Der *Rechtspopulismus*, in nationalen Parteien und transnationalen Parteien-Zusammenschlüssen institutionalisiert, kann seit 1990/2000 – seit der Verallgemeinerung des Neoliberalismus zur ‚*Neuen Weltordnung*‘ (George Bush) und seit der *dot-com-Krise* (2000/2001) bei nationalen Präsidentschafts- und Parlaments-Wahlen so viele Stimmen erringen, daß ohne die Rechtspopulisten oft kaum noch Regierungen gebildet werden können; in bedeutenden Staaten wie den USA, Brasilien oder Italien besetzen oder besetzten Rechtspopulisten Regierungs-Ämter oder das Amt des Staatspräsidenten. Da die Rechtspopulisten sich der neoliberal-globalen Weltökonomie und dem liberalen, republikanisch und demokratisch verfaßten Staat entgegensetzen, bedeutet die von Rechtspopulisten errungene politische Macht eine *tiefe Krise der ökonomischen Globalisierung*, eine *tiefe politische Krise des demokratischen und republikanischen Rechtsstaates*, zugleich eine *tiefe Krise internationaler politisch-ökonomischer und sozialer Organisationen* wie der EU, der UN und der UN-Organisationen – Vollversammlung, World Health Organization (WHO), UN-High Commission for Refugees (UNHCR), UN-Environmental Programme (UNEP).

Die Schwierigkeit, der sich die Massenmedien ebenso wie die traditionellen Parteien bei der *Auseinandersetzung mit den rechtspopulistischen Parteien* gegenübersehen, ist: daß der Neoliberalismus allgemein als Doktrin anerkannt wird – indes nur in der Form der Globalisierung. So stimmen die Kritiker des Rechtspopulismus mit diesem oftmals bewußtlos überein: Sie setzen sich den *neoliberalen Völkischen* nur entgegen durch die *Apologie der neoliberalen Globalisierung*, ohne den Rechtspopulismus substantiell begreifen zu können.

Die Gründung von Parteien und Bewegungen des Rechtspopulismus erfolgt gehäuft in den Zeiten der Krise des globalen Neoliberalismus.

Deutschland ist, aufgrund der nationalsozialistischen Vergangenheit und deren Verdrängung durch den Ordo- und Neoliberalismus, das klassische Land des Rechtspopulismus. Im deutschen Rechtspopulismus bilden Neoliberalismus, ordoliberaler Verdrängung des Nationalsozialismus und Neo-Nationalsozialismus eine Einheit.

In der Bundesrepublik Deutschland werden, gleich nach dem Sieg der alliierten Truppen über das nationalsozialistische Deutschland, neo-nationalsozialistische Parteien gegründet, die die Deutschen nicht als Täter anerkennen, sondern als Opfer phantasieren: Sozialistische Reichspartei (SRP: 1949-1952); Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten (1951-1960); Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD: 1964-2011).

Nach 1970/80, im Kontext der Durchsetzung des Neoliberalismus während der Krise des systemrational gelenkten Kapitalismus, entstehen: Deutsche Volksunion (1971; Fusion mit der NPD 2011); Freiheitliche Arbeiterpartei (FAP: 1979-94); Republikaner (1983); Nationalistische Front (1985-1992).

Während der Verallgemeinerung des Neoliberalismus zur ‚Neuen Weltordnung‘ um 1990/ 1995 entstehen: Deutsche Alternative (DA: 1989-92); Nationale Offensive (1990-1992).

Nach der Weltfinanz- und der Weltwirtschaftskrise von 2007/08ff. entsteht die Partei *Alternative für Deutschland* (2013), hervorgegangen aus der neoliberalen Kritik der Euro-Einführung und aus der Tradition der neo-nationalsozialistischen Parteien. Die AfD ist erheblich verbunden mit der Friedrich-August von Hayek-Gesellschaft; führende Vertreter sind Wirtschaftsprofessoren. – Im Oktober 2014 gründet sich in Dresden die Bewegung *PEGIDA*: Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes; die Bewegung stimmt weitgehend mit der Programmatik der AfD überein. – Die *Freie Demokratische Partei* (FDP), bis 1982 eine sozial-liberale Partei, verwandelt sich nach dem Eintritt in die Regierung des Kanzlers Helmut Kohl im Jahre 1982, später – um 2000/2010 – in eine Partei, in der auch rechtspopulistische Positionen vertreten werden. Das wird bei Abstimmungen im Deutschen Bundestag deutlich, in der die FDP mit der AfD im Neoliberalismus übereinstimmt. Das wird auch nach der Landtagswahl in Thüringen 2019 deutlich, bei der es unmöglich scheint, eine Regierung ohne die AfD zu bilden. Am 5.2.2020 wird Thomas Kemmerich (FDP) mit den Stimmen von CDU, FDP und AfD und unter dem Applaus des Bundestags-Vizepräsidenten Wolfgang Kubicki zum Ministerpräsidenten Thüringens gewählt wurde. Als der Skandal dieser Wahl von anderen Parteien, vom Parteivorstand der CDU und den Massenmedien angeprangert wird, tritt Kemmerich am 8.2. zurück, bleibt jedoch bis zum 4.3.2020 geschäftsführend im Amt.

Die *Alternative für Deutschland* (AfD) präsentiert sich im Leitantrag der Bundesprogrammkommiss-

sion und des Bundesvorstandes der AfD für ein *Grundsatzprogramm*, das dem Bundesparteitag am 30.4./1.5.2016 vorlag, als eine *Partei des Rechtspopulismus*. Der Programm-Vorschlag wird im folgenden nach den Paragraphen zitiert.

Wird das AfD-Programm selektiv gelesen und nicht als ein systematisches Ganzes, wird deutlich, warum sich Vertreter von CDU, CSU, SPD, FDP und Grünen ebenso schwer tun mit einer *Kritik der Rechtspopulisten* wie die Redakteure in den Massenmedien: Vieles, was die AfD konstatiert oder fordert, findet sich als eine Position auch in anderen Parteien, als kollektive Überzeugung im herrschenden Gemeinbewußtsein. Das gilt etwa für: die Apologie der Wettbewerbs-Ökonomie und die Rolle des Staates in der ökonomischen spontanen Ordnung; die Denunziation von Flüchtlingen, die nur in die „Sozialsysteme einwandern“ wollten; die Apologie der bürgerlichen Kleinfamilie; die Forderung nach einer Ausrichtung des Bildungssystems am Arbeitsmarkt; die neue Entdeckung der Heimat; die Vorurteile gegenüber Moslems; die geschichtliche Erinnerungslosigkeit, die Verdrängung der nationalsozialistischen Vergangenheit; die Denunziation von Sozialutopien als Quellen gesellschaftlichen Leids.

Die AfD erklärt sich im Programmentwurf als eine *Partei des deutschen Ordo- und Neoliberalismus*: als Partei, die die *spontane Ordnung des Wettbewerbs* gegen alle Formen des systemrationalen Staatseingriffs in die Systeme von Wirtschaft, Gesellschaft und Natur (12.) verteidigt: „Freier Wettbewerb sichert unseren Wohlstand“ (10.1). Die Partei beruft sich wirtschafts- und gesellschaftspolitisch auf die „Ordnungsethik“ der „Sozialen Marktwirtschaft“: auf Walter Eucken, Alfred Müller-Armack, Wilhelm Röpke, Ludwig Erhard (10.2). Alles erscheint als eine spontane Ordnung, so daß auch Maßnahmen zum Klima- und Naturschutz als „staatliche Planwirtschaft“ abgelehnt werden (12.2.): der Neoliberalismus ist eine *Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft im Einklang mit der Natur*.

Dieser Neoliberalismus definiert, im AfD-Programm, die „Vorstellungen von der *Rolle des Staates*“: Er hat den *Wettbewerb* zu konstituieren und – gegen Monopole“ und „Marktversagen“ – funktionsfähig zu erhalten. Staatliche, planwirtschaftliche Eingriffe in die spontane Ordnung des Wettbewerbs werden strikt abgelehnt (10.1). Gefordert werden deshalb die Deregulierung der Wirtschaft und der Abbau staatlicher Bürokratie, soweit diese der Wirtschaftslenkung dient (10.5): der „schlanke Staat“ (1.2). Dieser Ausrichtung könnten CDU und CSU, FDP und Teile der SPD und der Grünen problemlos zustimmen.

Die AfD zieht aus dieser neoliberalen Programmatik aber *volks-wirtschaftliche, volks-gemeinschaftliche Konsequenzen*, die *gegen die neoliberale Globalisierung* gerichtet sind. – Einerseits lehnt die AfD die *neoliberale Globalisierung nicht ab*, wenn die „Weltwirtschaft ... marktwirtschaftlich“ ausgerichtet ist (10.3). – Andererseits lehnt die AfD „die *Abgabe von Souveränitäts- und Hoheitsrechten* durch Freihandelsabkommen“ ab (10.4). Wenn die Weltwirtschaft wie die deutsche



Wirtschaft organisiert ist, ist Globalisierung möglich – in Übereinstimmung mit der Ordnung der neuen Freiheit in Deutschland. Stimmen die Ordnungen von Welt- und deutscher Nationalökonomie nicht überein, wäre dies ein *Eingriff in die deutsche nationale Souveränität* und deshalb – laut AfD – abzulehnen. – Mit diesem prinzipiellen Argument fordert die AfD: die *Beendigung des „Experiments Euro“* (2.4); die Beendigung der „suprastaatlichen Euro-Rettungspolitik“ der „Staaten des Euro-Währungsverbundes und die Manipulation der Geldpolitik durch die Europäische Zentralbank“ (2.4, 10.2); die Beendigung der „Austeritätspolitik“ gegen die europäischen Schuldenstaaten wie Griechenland, weil dies ein „illegitimer und illegaler Eingriff in die Demokratischen Entscheidungsstrukturen der beteiligten Nationalstaaten“, in deren Souveränität ist (2.4).

Wenn demnach die nationale „*Souveränität*“ Deutschlands und der weiteren Mitgliedstaaten der EU gegen die Euro-Währungsunion wiederherzustellen ist, kann die *Europäische Union* nur eine „Wirtschafts- und Interessengemeinschaft souveräner, lose verbundener Einzelstaaten“ sein (2.). *Es gibt kein einigendes Band der Staaten Europas*: das sei eine „ideengeschichtlich alte Utopie“, deren Realisierung „stets großes Leid über die Menschen gebracht“ habe (2.2). – Worin besteht dann, wenn es weder eine kosmopolitische noch eine europäische Einheit von Staaten, Gesellschaften und Menschen gibt, die *partikulare Identität der Nationalstaaten*? Die AfD antwortet: Die Identität der Nationalstaaten besteht in ihren „verschiedenen nationalen und regionalen kulturellen Traditionen“ (2.); in der Sprache (7.). – Worin besteht insbesondere die *partikulare Identität Deutschlands*? Die AfD antwortet: in der „deutschen Leitkultur“ – im Christentum, in der „wissenschaftlich-humanistischen Tradition“, im „römischen Recht“; in der „deutschen Sprache“ (7.1 bis 7.4); im „Abstammungsprinzip“ des Staatsbürgerrechts (3.4); in der „Heimat“ (4.1); in der „traditionellen Familie“ (6.1); vor allem aber darin: daß „wir ... Deutsche sein und bleiben wollen“ (Präambel), wie die AfD, Fichtes nationalliberalen *Reden an die deutsche Nation* (1808: 124-143) folgend, konstatiert. Die *Idee des Deutsch-Seins*, dieser *Partikularismus*, läßt sich in der Allgemeinheit und Abstraktion der Sprache gar nicht ausdrücken. Fichte (ebd. 129, 135-137)) verweist deshalb auf: das „Volk“ als einer Entität, die geeint ist durch „Boden“, „Sprache“, Tradition, „Blut“ – die geeint sind gegen Fremde, Römer, Franzosen, Ausländer.

Wenn die Nationalstaaten, wenn insbesondere *Deutschland durch eine partikulare Identität bestimmt* ist, wenn es eine über die Nationalstaaten hinaus eine *allgemeine Identität* der Europäer, gar aller Menschen *nicht gibt*, dann sind die *Nationen Volks-Gemeinschaften*, die ohne einigendes Band, also einander fremd sind. Die Fremden stehen zueinander nicht in einem Reflexionsverhältnis, in dem jeder eine Selbsterkenntnis durch Erkenntnis des Fremden erlangt. *Die Volksgemeinschaften sind Gemeinschaften von Menschen, die sich weder ihrer selbst noch ihrer Verhältnisse bewußt sind und denen daher Fremde Feinde sind*: „kein noch so kluger politischer Akteur“ besitzt, weiß die AfD, Hayek folgend, eine vollständige Kenntnis der Bedingungen und Möglichkeiten seines Handelns“ (1.2). In der Gesellschaft, die als Ganze undurchschaubar ist, gibt es analog auch keine selbst-bewußte Subjektivität: Die AfD beklagt die bestehende „generelle Betonung der In-

dividualität" (6.1) und plädiert für „Disziplin“ im Bildungssystem (8.2.3). Der deutsche Charakter wird phantasiert als ein masochistischer, Sexualität unterdrückender Charakter (siehe: 6., 8.2.4, 8.3).

Die bewußtlosen und darum atomisierten Volks-Gemeinschaften bedürfen des Fremden als eines Feindes. Die AfD erkennt *Fremde, die im abstrakten Gegensatz zur deutschen Volksgemeinschaft stehen*, in: kriminellen *Ausländern und Einwanderern* (3.4, 3.7, 9.6); im *Islam*, näher in einer „islamischen Glaubenspraxis, die sich gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung“ richtet sowie in der Errichtung von Minaretten, in der Burka und im Niqab (7.6); in den „muslimischen Migranten“, die besonders seit 2015 massenhaft aus „islamischen Staaten“ einwandern und in Deutschland überdurchschnittlich viele Kinder zur Welt bringen (6.2); in den „irregulären Migranten“, die mißbräuchlich in „in die Sozialsysteme“ einwandern „anstatt in den qualifizierten Arbeitsmarkt“ und die Deutschen deshalb wie Parasiten ausbeuten (9., 9.1, 9.2); in den „Menschen aus anderen Kulturen und Weltteilen“, die die „europäischen Kulturen“ dem „schleichenden Erlöschen“ aussetzen (9.1.1). Gegen die „Völkerwanderung historischen Ausmaßes“ aus den Ländern des „Nahen und mittleren Ostens“ und des „afrikanischen Kontinents“, die von Kriegen, einer „Bevölkerungsexplosion“ sowie von „religiösen Konflikten und Klimaextremen“ betroffen sind (9.1), überlegt Frauke Petry schon im Jahre 2015, könnte der DDR-Schießbefehl an den deutschen Außengrenzen wieder eingeführt werden. Gegen die Masseneinwanderung empfiehlt die AfD keine Willkommenskultur für die Geflüchteten, sondern – gegen die zahllosen durchgeführten „Schwangerschaftsabbrüche“ – eine „Willkommenskultur für Un- und Neugeborene“ (6.7).

In dieser Bestimmung von Fremden-Feinden spiegelt sich wiederum die von der AfD vorausgesetzte *kollektive Identität der Deutschen*: sie arbeiten und sichern dadurch den „eigenen Lebensunterhalt“; sie folgen dem Imperativ der Anpassung (9.4.). Die konformistischen Deutschen bilden keine „multikulturelle Gesellschaft“ (9.4), in der man „ohne Angst verschieden sein“ kann (Adorno 1944/47: 131), sondern eine Gemeinschaft der Abstammung (AfD: 3.4).

Weil die *deutsche Volks-Identität ohne Selbst- und Welterkenntnis* ist, ist sie ohne Bewußtsein der Geschichte und ohne Aussicht auf die Utopie einer humanen Menschheit. – Die AfD fordert eine *neue Geschichtsschreibung*, die die Jahre des *Nationalsozialismus als „Vogelschiff in der Geschichte“* (Alexander Gauland) darstellt: „Die aktuelle Verengung der deutschen Erinnerungskultur auf die Zeit des Nationalsozialismus ist zugunsten einer erweiterten Geschichtsbetrachtung aufzubrechen, die auch die positiven, identitätsstiftenden Aspekte deutscher Geschichte mit umfaßt.“ (7.4) – Die Erinnerungslosigkeit spiegelt sich in der *Abkehr von den großen Sozialutopien* – sie hätten „stets großes Leid über die Menschen gebracht.“ (2.2) Die „Verheißungen ... der Heraufkunft eines besseren ›Neuen Menschen‹“, der „Höherentwicklung der individuellen menschlichen Moral“ seien „anmaßend und gefährlich“ (1.2).

Wenn die neoliberale Ökonomie eine *Volks-Wirtschaft*, wenn die neoliberale Gesellschaft eine *Volks-Gemeinschaft* ist, dann ist der *neoliberale Staat* ein *Staat des Volkes* – der nicht auf dem „allgemeinen (vereinigten) Volkswillen“ der *volonté générale* (Kant, Bd. XI: 151), also nicht auf universalen Prinzipien, auf den Rechten des Menschen beruht, sondern auf den *Konstituentien der Gemeinschaft*: Kultur, Sprache, Tradition, Abstammung (Blut), Boden. – Die AfD denunziert, als rechtspopulistische Partei, die *herrschende republikanische und demokratische Staatsform*, die sich aus dem klassischen Liberalismus herleitet, dessen Prinzipien aber bereits unter dem Imperialismus zur Konsequenz ihres Gegenteils, später zu substanzlosen Hüllen verfielen (Hilferding 1910: 453-459; Horkheimer, GS 6: 44f.). Die AfD folgt dem Imperativ der Autoritären: Was fällt, soll man stoßen! Sie polemisiert gegen die Demokratie der *volonté de tous*, gegen die Republik der *volonté générale* (vgl. Rousseau 1762: I/6/S.17-20; II/3/S.32f.), sie *fordert den Volks-Staat von Blut und Boden, von Tradition und Leitkultur*. Die herrschende Politik, die *herrschenden Parteien und Politiker*, werden als *Volks-Verräter, als korrupte Rechtsbrecher* gebrandmarkt. Angeklagt werden der „Bruch von Recht und Gesetz, die Zerstörung des Rechtsstaats“ (AfD: Präambel); angeklagt wird eine „kleine politische Führungsgruppe innerhalb der Parteien“, die die Bevölkerung mit ausgewählten Informationen manipuliert (1.); angeklagt wird die Bereicherung von Parteien und Politikern durch die „Parteienfinanzierung“, durch „Mitarbeiterpauschalen“ der Parlamentsabgeordneten, durch „parteinahe Stiftungen“ (1.5.1); angeklagt wird die bestehende „Ausbeutung des Staates“ (1.5); angeklagt wird die „Korruption“ der Politiker durch „Nebentätigkeiten im Dunstkreis des Lobbyismus“ (1.6). Die „politische Klasse“, resümiert die AfD, hat es erreicht, den „Einfluß des Volkes zu minimieren“ (1.5.2). Es komme darauf an, dem „*deutschen Volk*“ als „*Staatsvolk*“ seine Rechte zurückzugeben und es als *Souverän* wieder einzusetzen (Präambel, 1.1).

Dieser Anklage der herrschenden Politiker und Parteien entsprechend hat die führende AfD-Politikerin und spätere Bundestags-Abgeordnete Alice Weidel vor der Bundestagswahl 2017 die Parole ausgegeben: „*Wir holen uns unser Land zurück!*“ – Deutschland, lautet die Unterstellung, ist von kriminellen Ausländern und korrupten Politikern besetzt. Der Idee eines deutschen Volksstaates entsprechend hat der führende AfD-Politiker Alexander Gauland, nachdem die AfD bei den Bundestagswahlen 12,6% der Wählerstimmen erhielt, die kommende Aufgabe der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag mit den scharf ausgesprochenen Worten beschrieben: „*Wir werden sie jagen!*“ – nämlich die Politiker der anderen Parteien. Die Arbeit im Bundestag hat Gauland nicht vorgestellt als Arbeit an Gesetzesvorlagen und in Ausschüssen, als Teilnahme an der Bildung des allgemeinen Willens oder eines Kompromisses, sondern als martialische Menschen-Jagd, so wie Frauke Petry den „*Schießbefehl*“ auf *Flüchtlinge und Asylbewerber* als Möglichkeit bezeichnet hat.

Aufgrund des *AfD-Parteiprogramms*, aufgrund der Kommentierung des Programms durch führende AfD-Politiker wie F. Petry, A. Gauland und A. Weidel, die nicht dem ‚Flügel‘ um Björn Höcke, Andreas Kalbitz und Hans-Thomas Tillschneider angehören, muß die AfD bezeichnet werden als eine Partei, die die Traditionen des Nationalsozialismus, des Neo-Nationalsozialismus, des Rassismus und

Antisemitismus, des Hasses gegen Flüchtlinge und Asylbewerber, gegen Arbeitslose und Obdachlose sowie die entsprechenden Gewaltakte aufnimmt und kanalisiert. Als gesellschaftliche Grundlage der Bildung der AfD und als Legitimation gesellschaftlicher Gewalt durch die AfD können folgende *Gewaltakte in Deutschland nach 1990* – die ihrerseits die vergangene Gewalt-Geschichte fortsetzen – bezeichnet werden:

*Erstens:* Im Kontext der *Vereinigung von BRD und DDR* am 3.10.1990 entsteht die naheliegende Frage: *Was ist deutsch?* (vgl. Adorno, GS 10.2: 691-701) – Die AfD antwortet, Fichtes nationalliberale Reden aufnehmend: Das Deutsche bestimmt sich durch Abstammung und das bewohnte Territorium, die Sprache und die undurchschaute Tradition, die Leitkultur und die Abwehr aller Sozialutopien. – Um 1990 wird die Frage durch die *politischen Parteien und die Massenmedien* hilflos beantwortet: ‚Wende‘ – als ob die Vereinigung durch eine Segelregatta gelungen sei; ‚Wiedervereinigung‘ – als ob das Deutsche Kaiserreich oder das Deutsche Reich des Nationalsozialismus zerbrochen und wiedervereinigt worden sei. Beides war selbstverständlich nicht gemeint. – Also blieb die Frage: *Was ist deutsch?* Die Frage wird *nach 1990 praktisch beantwortet*. Das Bundeskriminalamt berichtet im Herbst 1993: von etwa 1100 Brandanschlägen auf Wohnungen und Unterkünfte von ‚Ausländern‘; von 1691 fremdenfeindlichen Straftaten; von 66 Schändungen von Friedhöfen und Gedenkstätten (1991-93); von 39 Toten (1991-93); von 580 Verletzten und Schwerverletzten (1991/902). Öffentliche Aufmerksamkeit erregen 1991-94: der Angriff auf Ausländer-Unterkünfte in Hoyerswerda (1991); der Brandanschlag auf ein Ausländerheim in Hünxe (1991); der Brandanschlag auf die zentrale Aufnahmestelle für Asylbewerber in Rostock-Lichtenhagen (1992); die Schändung der Baracke 38 in der KZ-Gedenkstätte in Sachsenhausen (1992); der Brandanschlag auf ein von Türken bewohntes Haus in Mölln (1993); der Brandanschlag auf ein von Türken bewohntes Haus in Solingen (1993); die Menschenjagd von Nationalsozialisten auf ‚Ausländer‘ in Magdeburg (1994). Die Angriffe erreichen ihre Konsequenz in der Mordserie des ‚*Nationalsozialistischen Untergrundes*‘ (NSU) 1999-2011, dem zehn Menschen zum Opfer fallen – unter den Augen der Inlands-Nachrichtendienste. – Der *Deutsche Bundestag* indes beschließt am 26.5.1993, auch nach der Erzeugung einer Pogromstimmung gegen Asylbewerber und Arbeitslose durch Medien wie die BILD-Zeitung: die *Änderung des Artikels 16 des Grundgesetzes* über das Recht auf Asyl durch die *Einfügung des Artikels 16a GG*; danach kann in Deutschland nur Asyl beantragen, wer nicht zuvor in einem sicheren Drittland – dazu gehören alle EU-Nachbarstaaten Deutschlands aber auch andere Staaten – Asyl beantragen kann oder beantragt hat. – Die Aussagen im *AfD-Parteiprogramm* über das Asyl-Recht stehen also keineswegs auf schwacher Grundlage.

*Zweitens:* Das AfD-Parteiprogramm nimmt nicht nur den rassistischen und antisemitischen Hass auf, der sich nach der Vereinigung von BRD und DDR zwischen 1990 und 1993 in zahllosen Gewaltakten entlädt. Das Programm nimmt auch die *Gewaltakte von Rassisten* auf, die sich *angesichts der ‚Flüchtlingskrise‘ von 2015/16 ff. gegen Flüchtlinge und Asylbewerber* auf, die aus den von Krieg und Elend, von staatlichem und religiösem Terror, von Dürre und Wüstungen zerstörten

Ländern des Nahen und Mittleren Ostens, aus Afghanistan und Pakistan, aus Ost- und Westafrika über die Sahara, das Mittelmeer und den Balkan nach Europa fliehen. Am Anfang dieser Gewaltakte stehen die permanenten, im Januar 2015 beginnenden Proteste gegen ein Flüchtlingsheim in Freital (Sachsen); in diesem Kontext wird am 27.7.2015 ein Sprengstoffanschlag auf den Vorsitzenden der Linken-Fraktion im Freitaler Stadtrat, der Solidaritätsveranstaltungen zugunsten Flüchtlinge organisiert hatte, begangen. Angestiftet worden sind diese Proteste vom Initiator und Vorsitzenden der PEGIDA-Bewegung, dem Freitaler Bürger Lutz Bachmann. Das Amtsgericht Dresden hat den vielfach Vorbestraften Bachmann im Jahre 2016 wegen Volksverhetzung und Beleidigung zu einer Geldstrafe von 4200 Euro verurteilt. – Das *AfD-Parteiprogramm* von 2016 bereitet zugleich den *Boden der weiteren Gewaltakte gegen Flüchtlinge und Asylbewerber* vor allem aus islamischen Staaten vor mit seinen Aussagen: über den Islam; über kriminelle Ausländer; über die Zuwanderung in die Sozialsysteme; über Muslime, die die europäische Kultur unterminieren. 2016 wurden 2545 Straftaten gegen Flüchtlinge außerhalb von Unterkünften begangen; 2016 wurden 560 Flüchtlinge durch Gewaltakte verletzt.

*Drittens:* Das AfD-Parteiprogramm *verdrängt und verharmlost* mit der Forderung, die „aktuelle Verengung der deutschen Erinnerungskultur auf die Zeit des Nationalsozialismus ... zugunsten einer erweiterten Geschichtsbetrachtung“ (7.4), die *nationalsozialistische Barbarei*. Die Verharmlosung verwandelt den Nationalsozialismus, den Antisemitismus, in eine mögliche Meinung. Mit Gaulands zynischer Bemerkung, der Nationalsozialismus sei nur ein „Vogelschieß in der Geschichte“, wird die Grundlage geschaffen für die *Gewaltakte gegen Juden* nach 2015/16 – immerhin ist Gauland nach 2017 ein Bundestags-Abgeordneter, der die Privilegien der Meinungsfreiheit und Immunität genießt; immerhin ist der Nationalsozialist und Antisemit Bernd Höcke ein AfD-Abgeordneter im Landtag von Thüringen. – Der im Jahre 2017 publizierte Bericht der Bundesministeriums des Innern über *Antisemitismus in Deutschland* (a.a.O. 39 und passim) listet statistisch auf, was die AfD zu normalisieren sucht: Nach 2010 gibt der Verfassungsschutz die Zahl antisemitischer Gewalttaten an mit: 1268 (2010), 1239 (2011), 1374 (2012), 1275 (2013), 1596 (2014), 1366 (2015). Davon waren antisemitische Gewalttaten: 37 (2010), 29 (2011), 41 (2012), 50 (2013), 44 (2014), 36 (2015). Antisemitisch, also jüdenfeindlich sind Straf- und Gewalttaten auch dann, wenn sie sich nicht gegen Juden richten, sondern etwa gegen Personen, die über den Antisemitismus aufzuklären suchen. Das Antisemitische ist nicht in Rücksicht auf Eigenschaften von Juden bestimmt, sondern aus der antisemitischen Gesellschaft aufzuklären. Deshalb gibt es auch Antisemitismus, wo es keine Juden gibt (Antisemitismus-Bericht des BMI 2011: 11). – Besonders schwerwiegend ist der Versuch des Neo-Nationalsozialisten Stephan Balliet, am Yom-Kippur-Fest, am 9.10.2019, die Synagoge in Halle an der Saale zu stürmen und dort 68 Juden zu ermorden. Als der Versuch fehlschlägt, erschießt er auf der Straße eine Passantin und einen Gast in einem Döner-Imbiß. Den Mordversuch kündigt er zuvor im Internet an und überträgt den Tatverlauf mit seiner Helmkamera als Livestream. Er wird am 21.12.2020 zu einer lebenslangen Strafe mit Sicherungsverwahrung verur-

teilt.

*Viertens:* Das AfD-Parteiprogramm bereitet, indem die im Deutschen Bundestag vertretenen Politiker und politische Parteien als Rechtsbrecher anklagt, die sich am Reichtum des deutschen Volkes bereichern und korrupt sind, den Boden für die *Mißachtung der republikanischen und demokratischen Staatsform*, für die *Mißachtung insbesondere des Parlaments*, endlich für *Gewaltandrohungen und Gewaltakte gegen Politiker*. Von Gewaltandrohungen, die im Internet auf Facebook oder twitter verbreitet werden, sind Mitglieder der Bundesregierung und Abgeordnete, vor allem aber Kommunalpolitiker betroffen. Bürgermeister sehen sich, wie in Freital (2015) gezwungen, von ihren Ämtern zurückzutreten. – Besondere öffentliche und strafrechtliche Aufmerksamkeit erlangte der *Mord an Walter Lübcke* (CDU), Regierungspräsident im Bezirk Kassel, der aufgrund seines Engagements für Flüchtlinge und gegen PEGIDA am 1.6.2019 vom Neo-Nationalsozialisten Stephan Ernst durch einen Kopfschuß getötet wurde. – Die *Verachtung des Parlaments* wird am 29.8.2020 von Mitgliedern der ‚Querdenker‘, die die Infektionsschutz-Politik der Bundesregierung und des Robert-Koch-Instituts als ‚Corona-Diktatur‘ angreifen, vorgeführt: Sie versuchten, mit Reichskriegsflaggen und unter Anrufung von Wladimir Putin und Donald Trump, in den Bundestag zu gelangen, können aber auf den Stufen des Reichstags zurückgedrängt werden. – Als der Deutsche Bundestag am 18.11.2020 über das neue *Infektionsschutz-Gesetz* abstimmt, werden Abgeordnete wie Martin Schulz (SPD) und Bundesminister wie Peter Altmaier (CDU) von Besuchern bedrängt, beleidigt, beschimpft, genötigt und gefilmt, die von AfD-Abgeordneten eingeladen worden waren. Die Besucher gehören den ‚Querdenkern‘ an, die das Infektionsschutzgesetz mit dem ‚Ermächtigungsgesetz‘ gleichsetzen; die AfD sucht sich als parlamentarischer ‚Querdenker‘ zu profilieren. Der Bundestagsvizepräsident Wolfgang Kubicki schlägt vor, die Eindringlinge wegen des Verdachts der Nötigung anzuklagen, für die das Strafgesetzbuch eine Freiheitsstrafe von 3 Monaten bis 5 Jahren vorsieht. – Nach der Erstürmung des Capitol in Washington am 6.1.2021 leitet der Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU) verstärkte Sicherheitsmaßnahmen für das Reichstags-Gebäude ein. – Offenkundig haben sich die Rechtspopulisten auf den Weg gemacht, den demokratischen Rechtsstaat – wie im AfD-Programm latent angekündigt – zu beseitigen.

Im Europa der *Europäischen Union* werden gleichfalls in den Zeiten der Krisis des globalisierten Neoliberalismus die Parteien des völkischen Neoliberalismus – des Rechtspopulismus – gegründet. Die Parteiprogramme sind dem Programm der AfD analog.

Im Kontext der Durchsetzung des Neoliberalismus, nach 1970, entstehen: Front National, Frankreich (1972); Fremskrittspartiet, Norwegen (1973).

Als um 1990/95 im Kontext des Zusammenbruchs der autoritären Staaten in Mittel- und Osteuropa die neoliberale Globalisierung propagiert wird, entstehen in Nord-, West- und Südeuropa: Schwe-

dendemokraten (1988); Lega Nord / Lega, Italien (1989); United Kingdom Independence Party, England (1993); Dansk Folkeparti, Dänemark (1995); Wahre Finnen (PERUS), Finnland (1995); die 1955 gegründete Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) verwandelt sich um 1995 in eine rechtspopulistische Partei. Als Folge der Transformationskrise in den Staaten des ehemaligen COMECON entstehen: Fidesz, Ungarn (1988); Recht und Gerechtigkeit (PiS), Polen (2001).

Nach der Weltwirtschafts- und Weltfinanzkrise von 2007/08 entstehen: Lijst Pim Fortuyn, Niederlande (2002-2007); Partij voor de Vrijheid, Niederlande (2006); Unabhängige Griechen (2012); Morgendämmerung der direkten Demokratie, Tschechien (2013); Bulgarien ohne Zensur (2014). – Auf der Ebene der EU wird die ‚Europäische Allianz für Freiheit‘ (EAF) gegründet (2009). Im Europäischen Parlament schließen sich 2009 die Parteien des Rechtspopulismus zur Fraktion ‚Europa der Freiheit und der Demokratie‘ / seit 2014: ‚Europa der Freiheit und der direkten Demokratie‘ (EFDD).

Diese Parteien erhalten bei den nationalen Wahlen so viele Stimmen, daß ohne sie oder gegen sie kaum noch regiert werden kann. In einigen Ländern sitzen oder saßen Rechtspopulisten in der Regierung oder im Amt des Staatspräsidenten: Italien, Österreich, Ungarn, Polen, Tschechien, Slowakei, Griechenland.

Der *Rechtspopulismus* in den *Vereinigten Staaten von Amerika* ist innerhalb dieser weltweiten Bewegung die bedeutendste Verbindung von *Neoliberalismus* und *Volks-Gemeinschaft*. Er tritt als einflußreiche Richtung innerhalb der *Republikanischen Partei* auf. Der US-Rechtspopulismus richtet sich, wie der Neoliberalismus im allgemeinen, unmittelbar *gegen Versuche einer administrativen, systemrationalen Steuerung der bürgerlichen Ökonomie* im Interesse der Krisenvermeidung. Er richtet sich gegen alle politische Rationalität und Vernunft auf die Durchsetzung eines *irrationalen Volkswillens*, der sich weder auf einen Gesellschaftsvertrag, noch auf eine *volonté générale*, noch auf die demokratische Aushandlung eines Kompromisses zwischen konkurrierenden Interessen beruft – sondern auf eine *durch Tradition und Abstammung imaginär bestimmte Volks-Einheit*. Eine solche Volks-Einheit ist in einem Land, dessen Bürger fast ausnahmslos Einwanderer aus allen Teilen der Welt sind: eine vollends irrationale Vorstellung.

Am Anfang des neuen Rechtspopulismus steht in den USA die *Tea-Party-Bewegung*, die sich durch ihren Namen in die Tradition des nordamerikanischen Unabhängigkeitskampfes gegen England stellt: indem sie an die Boston-Tea-Party von 1773 erinnert. – Die Tea-Party-Bewegung bildet sich im Februar 2009 als *neoliberale Reaktion auf die Weltfinanz- und Weltwirtschafts-Krisis* und den Versuch des soeben gewählten Präsidenten *Barack Obama*, die Krisis nach dem Vorbild der systemrationalen *New-Deal-Politik F. D. Roosevelts* durch sozialstaatliche Maßnahmen zugunsten überschuldeter Hausbesitzer abzufedern. Erste Großdemonstrationen der neuen Richtung finden bereits

im Februar/April 2009 statt; als Massenmedium etabliert sich im selben Jahr der TV-Sender Fox News. Zur ersten Sprecherin der Bewegung wird Sarah Palin, bis 2008 Gouverneurin von Alaska. – Der *Kampf gegen sozialstaatliche Maßnahmen* des demokratischen Präsidenten erreicht 2010 seinen Höhepunkt in der Auseinandersetzung um *Obama-Care* („Patient Protection and Affordable Act“): die am 23.3.2010 vom Kongreß verabschiedete Gesundheitsreform, durch die allen Amerikanern der Zugang zu Dienstleistungen des Gesundheitssystems eröffnet werden sollte. Als Widersacher des Präsidenten profiliert sich der Tea-Party-Aktivist und Republikaner Ted Cruz, Gouverneur von Texas. So wird Tea-Party eine *neoliberale, gegen jeden Staatsinterventionismus gerichtete Bewegung*.

Nach 2010 tritt die *neoliberale* Tea-Party als *rechtspopulistische Bewegung* auf: Der Slogan „I want my country back“ suggeriert, daß den Amerikanern, gegen ihren Willen, durch eine Neuauflage von New-Deal ihr Land genommen wird – daß New-Deal un-amerikanisch sei. Die Populisten unterstellen, sie seien – ohne daß dies durch einen öffentlich gebildeten „allgemeinen (vereinigten) Volkswillen“ (Kant, Bd. XI: 151) legitimiert wäre – die Vertreter des objektiven, aber nur *partikularen Interesses des amerikanischen Volkes*, das mit den ebenso partikularen Interessen anderer Völker konkurriert. – Diese dogmatische Anmaßung fügt dem neoliberalen Rechtspopulismus, der die gesellschaftliche Welt in Freund und Feind einteilt, *rassistische, völkische Auffassungen* hinzu: Afroamerikaner, Indigene, Latinos, Homosexuelle seien keine Amerikaner. – Bereits 2010 erlangen Anhänger von Tea-Party den entscheidenden Einfluß auf die *Republikanische Partei*; bei den Verhandlungen zwischen dem demokratischen Präsidenten und den Republikanern im Kongress verhindern sie Steuererhöhungen und setzen einen Sparhaushalt durch; Mitch McConnell, Mehrheitsführer im Senat, nennt sie die „Sieger“ in der Auseinandersetzung um den Bundeshaushalt.

Die Politik des im November 2016 gewählten republikanischen Präsidenten *Donald Trump* (2017-2021) ist durch die *Tea-Party-Bewegung*, durch diese Verbindung von Neoliberalismus, populistischer Anmaßung und Rassismus vorbereitet worden.

*Washington, 20. Januar 2017*: Der 45. Präsident der USA, Donald Trump, hält bei seiner Amtseinführung – bei Anwesenheit der Präsidenten Carter, Clinton, Bush und Obama – seine wegweisende *Inaugurations-Rede*. Der neue Präsident folgt in der Rede dem Programm des *Populismus*: er sei nicht der Präsident aus den Reihen einer „Partei“ – seine Regierung werde „vom Volk“ geführt. Das *Neoliberale* dieses Populismus, also die *rechtspopulistische* Verbindung von Neoliberalismus und Volks-Gemeinschaft, tritt in Trumps Rede kaum hervor, sondern erst vermittelt, wenn die neue Administration als Konsequenz der vorangegangenen *Tea-Party-Bewegung* aufgefaßt wird; Trumps Populismus könnte sonst auch als rein faschistisch verstanden werden. Deutlich hingegen ist die *Globalisierungs-Kritik*, die in der Rede enthalten ist: die Kritik an der Abwanderung von US-Kapital ins Ausland und deren Folge: Arbeitslosigkeit und Armut; die Kritik an der Einwanderung; die Kritik an internationalen Militärallianzen, die zum Nachteil der USA sind. Zwei zentrale Aussagen bestim-



men den Inhalt der Rede Trumps und dessen Politik während der gesamten Amtszeit (Wortlaut der Rede in: ZEIT Online, 20.1.2017, 20:55h); die Aussage gilt der Innen-, die andere der Außenpolitik.

Die *zentrale Aussage* der *Inaugurationsrede Trumps zur Innenpolitik* gilt dem Dogma des *Populismus*. Der Präsident kündigt am Anfang seiner Rede an: „Denn heute übergeben wir die Macht nicht nur von einer Regierung an die andere oder von einer Partei an die andere, sondern wir nehmen die Macht von Washington D.C. und geben sie an euch, das Volk, zurück.“ – Trump unterstellt mit hin, die verfassungsmäßige, demokratische und republikanische politische Ordnung der USA sei durch eine „kleine Gruppe in der Hauptstadt unseres Landes“ zerstört, die *Souveränität dem Volk von dieser Clique von Politikern und Parteien entwendet* worden – um den „Reichtum“ des Landes an sich zu reißen und dem Volk die „Kosten“ dieser Ausbeutung und Korruption aufzuladen. Während die „Politiker“ in Washington „feierten, gab es für Familien am Existenzminimum in unserem ganzen Land wenig zu feiern.“ – Es geht also, nach Trump, darum, die *Konstitution der USA wiederherzustellen, das Volk in seine verfassungsmäßigen Rechte einzusetzen* und die *Ausbeutung des Volkes zu beenden*, indem die *korrupte, die Verfassung pervertierende politische Klasse entmacht*et wird. Das sagt ein Milliardär im Präsidentenamt. Der neue Präsident kündigt nichts weniger an als eine *Revolte gegen das bestehende politische System der USA* – im Namen des *Volkes*. Trump spricht nicht als Republikaner, als Partei-Politiker: er repräsentiere nicht das „Establishment“, sondern das Volk, eine „historische *Bewegung* ... wie sie die Welt noch nie zuvor gesehen hat.“ – Trump nimmt für sich in Anspruch, für das Volk zu agieren und die USA „wiederaufzubauen“ – das Land scheint in Trümmern zu liegen. – Nun kann ein Präsident dem Volk seine Souveränität gar nicht zurückgeben – er müßte auf der Stelle zurücktreten. Die autoritäre *Anmaßung Trumps ist, stellvertretend für das Volk eine Erhebung des Volkes zu verwirklichen* – also den Volkswillen zu repräsentieren, der offenbar bislang unterdrückt worden war und nun wieder einzusetzen ist. Das Volk erhalte seine Souveränität nicht durch einen Volks-Aufstand, durch den es sich befreie, sondern durch den paternalistischen Akt seines *im Präsidenten verkörperten Willens*: Trump beansprucht, durch den Volkswillens legitimiert zu sein – nicht aufgrund seiner Wahl zum Präsidenten, sondern a priori: „unsere Regierung“ wird „vom Volk geführt“. Als ob er, der Präsident, von Gott berufen wäre, *gods own country* zum Wohle des auserwählten Volkes zu regieren. Der Präsident spricht wie ein göttlicher Vater: „ich werde euch nie hängenlassen“; die USA seien „von Gott beschützt“.

Die *zentrale Aussage* der *Inaugurationsrede Trumps zur Außenpolitik* gilt, als Spiegelbild des Populismus, der *Globalisierungs-Kritik*. Der Präsident formuliert am Ende seiner Rede den kategorischen Imperativ seiner Weltpolitik: „Vom heutigen Tag an wird es nur noch Amerika zuerst heißen, *America first*.“ – Trump unterstellt, analog zu seinen innenpolitischen Imperativen: Das *Volk der USA* habe seine *Souveränität verloren* und wurde *international ausgebeutet*. Der neu gewählte Präsident konstatiert: „Wir haben Billionen (Milliarden; G.S.) und Aberbillionen von Dollar im Ausland aus-

gegeben"; US-Fabriken wanderten ins Ausland ab; US-Arbeiter wurden arbeitslos; der Reichtum des Landes wurde „in der ganzen Welt verteilt“: andere Länder haben „unsere Unternehmen“ gestohlen. – Das ausgeplünderte Land, die USA, verkündet der neue Präsident, werde sich *von dieser Fremdherrschaft, von dieser Ausbeutung befreien*: „Wir werden unseren Wohlstand zurückbringen.“ Mit diesen Finanzmitteln werden „Straßen und Autobahnen und Brücken und Flughäfen und Tunnel und Bahnstrecken“ gebaut. Im Mittelpunkt stünden: „die amerikanischen Arbeiter und amerikanischen Familien“ – sie würden wieder „zur Arbeit gebracht“. Die *US-Ökonomie* wird, in Trumps Vision, eine *Volksökonomie* sein: Amerikaner produzieren, Amerikaner „heuern“ Amerikaner an, Amerikaner kaufen „amerikanisch“. – Indem die USA sich von der Fremdherrschaft befreien, indem die US-Ökonomie zur *Volks-Ökonomie von Amerikanern für Amerikaner* würde, werde das *Volk der USA* zu einem „geeinten“ Volk, zu einem Land des „Patriotismus“, des „Nationalstolzes“: das Volk sei geeint durch das „rote Blut der Patrioten“, das in den Adern aller Amerikaner fließe; das Volk sei geeint, weil alle Amerikaner „vom gleichen Schöpfer mit dem Hauch des Lebens durchdrungen“ seien. – Das Volk der USA befindet sich, nach Trump, als *Volk in einem internationalen Kampf*, aber: „Keine Herausforderung kann sich mit dem Herz und dem Kampfeswillen und dem Geist Amerikas messen.“ Amerika werde „wieder anfangen zu gewinnen – gewinnen, wie nie zuvor.“

Wer ist der *Adressat der Rede*? *Das Volk!* Wer ist: „das Volk“, das wieder zum „Herrscher dieser Nation“ werden soll? Das Volk sind, daran läßt der Präsident keinen Zweifel, die international vom „Establishment“ und international durch das „Ausland“ *Ausgebeuteten*, die Arbeitslosen und Armen der USA: es sind die *Verlierer der Globalisierung* – die *Hoffnungslosen*, die „vergessenen Männer und Frauen unseres Landes“, die nun im neuen Präsidenten aufstehen gegen ihre Ausplünderung, gegen ihre Entwürdigung. Sie sind so hoffnungslos, daß sie ihre *Souveränität*, eben die Herrschaft des Volkes, nicht selbst durch einen legitimen Widerstand gegen die bestehende und offenbar illegitime Gewalt zu restituieren vermögen: also ist das *zu legitimem Widerspruch und Widerstand unfähige ein konformistisches Volk*. Es ist ohne jede Aussicht auf eine neue, im emphatischen Sinn demokratische Gesellschaft; die Veränderbarkeit der Verhältnisse liegt jenseits der objektiven Phantasie des „Volkes“. Weil es gesellschaftlich konformistisch ist, *individualisiert* es gesellschaftliche Verhältnisse; weil es gesellschaftlich konformistisch ist, vermag es nur die *Umkehrung der politisch-ökonomischen Herrschaftsverhältnisse* zu imaginieren; weil es konformistisch ist, *projiziert es seine Hoffnungen auf Umkehrung der Herrschaft auf eine Person, die offenbar erfolgreich ist*, aber nicht zum „Establishment“ zu gehören scheint. Donald Trump, der *Milliardär*, ist die Projektionsfläche der konformistisch Revoltierenden, und er erfüllt die Erwartungen. Er erfüllt sie auch physiognomisch: Sein stets von *Wut* gezeichnetes Gesicht drückt die apathische Wut des „Volkes“ aus.

Die *Verlierer der Globalisierung* erheben sich am 20.1.2017, sie sind – nach der Beobachtung des Präsidenten – „zu Millionen“ nach Washington gekommen, um ihre „Herrschaft“ anzutreten. Sie wollen die US-Unternehmen zurück, sie wollen ihren Reichtum zurück, sie wollen ihre Arbeitsplätze

zurück. Ihre Hoffnung ist der 45. Präsident, dem sie folgen, dem sie sich unterwerfen, der ihre „Träume“ personifiziert: „Ihre Träume sind unsere Träume. Und ihr Erfolg wird unser Erfolg sein.“ Die neue Bewegung ist: die „Nation“. Die neue Bewegung ist: eine *praktische Kritik der Globalisierung*. Diese Bewegung des im „roten Blut der Patrioten“ geeinte konformistische Volk, das sich der Verhältnisse nicht bewußt ist, bedarf äußerer Feinde, um sich als Volk seiner selbst gewiß zu sein. Den Feind bilden, nach Trumps Wahlkampf und der Inaugurationsrede: die aus Mexico in die USA Flüchtenden, gegen die eine Mauer errichtet werden soll – bezahlt von Mexico; das „Ausland“ im allgemeinen, das sich den Reichtum des Volkes der USA angeeignet hat; der „radikal-islamistische Terrorismus“, den der neue Präsident „vom Erdboden auslöschen“ will.

Trump verweist immer wieder auf die in Armut, in Arbeitslosigkeit lebenden Bürger der USA – diese nennt er *das „Volk“*. Das Volk sind: „Familien am Existenzminimum“; „rechtschaffene Menschen“; die unter den „Massakern“ von „Banden“ Leidenden; Empfänger von „Sozialhilfe“; „Militärs“ und „Sicherheitskräfte“. *Das Volk sind die in Armut und Hoffnungslosigkeit lebenden Amerikaner, die leiden, aber sich nicht erheben gegen ihre Ausbeutung durch die Politiker und die fremden Nationen.* Sie glauben sich *verfolgt*, aber sie wollen *herrschen*, sie wollen die Herrschaftsverhältnisse umkehren, im Land, in der Welt: „*America first!*“ Weil sie zur Rebellion unfähig sind, wenden sie sich an einen Führer, der das Heil bringt: Donald Trump. Der neue Präsident spricht das Bedürfnis, die *paranoide Phantasie* der Ausgebeuteten und Entrechteten aus: *ihren Verfolgungswahn, ihren Omnipotenzwahn, ihren Konformismus* – denn umstürzen wollen sie die Verhältnisse nicht, sie wollen die Herrschaft nur umkehren.

*2017 bis 2021: Trumps Inaugurations-Rede* enthält die *Logik seiner Innen- und Außenpolitik* während seiner gesamten Amtszeit. Jedoch tritt, im Unterschied zur Rede, sowohl innen- wie außenpolitisch der *Rechtspopulismus* des Präsidenten hervor: die Verbindung von *Neoliberalismus und Volks-Gemeinschaft*. – Innen- wie außenpolitisch beansprucht der Präsident, der sich als *Verkörperung des Volkswillens* weiß und von seinen Wählern auch so aufgefaßt wird, *über der Verfassung, über den Gesetzen* zu stehen: denn es gibt kein höheres Prinzip als die Volks-Souveränität, und die ist – nach Trump – in ihm verkörpert. Mehr noch: Er bedarf keiner Verfassung; *seine Macht ist*, wie Trump einmal – aus dem Oval Office – den Journalisten auf Anfrage mehrfach erklärt: „*total*“. Jeder Widerspruch, jeder Widerstand, jede Kritik erscheint dem „totalen“ Herrscher als Widerstand gegen den Volkswillen, als Aufstand, wenn nicht als Terror. Der totale Herrscher kennt innen- wie außenpolitisch einzig: Konformismus oder Exklusion, „*Freund*“ oder „*Feind*“ (Schmitt 1932: 26-54; Adorno 1944/47: 172) – der totale Herrscher herrscht diktatorisch, weil in ihm das Volk herrscht. Er ist ein demokratischer (demos; krátos) Herrscher ohne Demokratie.

*Wirtschafts- und gesellschaftspolitisch* bestimmt der *Neoliberalismus* Trumps Präsidentschaft. – Im Dezember 2017 unterzeichnet Trump seine Steuerreform: ‚*Tax Cuts and Jobs Act*‘. Der Titel des Gesetzes enthält das Versprechen an die Arbeitslosen und Armen der USA: Werden die Steuern für

Superreiche und Unternehmen reduziert, werden diese investieren, neue Arbeitsplätze schaffen und die „Arbeiter mit Boni überschütten“, so daß die Armen nicht länger arm sind (siehe: ntv, 25.11.2018). Nach dem Gesetz werden die Unternehmenssteuern von 35 auf 21% gesenkt; Konzerne und Reiche werden steuerlich um 1,5 Bio. Dollar ‚entlastet‘. Wie stets, lobt Trump sich selbst überschwänglich: „Die Republikaner haben die beste Wirtschaft in der Geschichte unseres Landes geschaffen – und den heißesten Jobmarkt auf Planet Erde.“ – Der neoliberalen Doktrin folgend, daß jeder Staatseingriff in die Volkswirtschaft deren spontane Ordnung zerstöre und Krisen verursache, setzt Trump mit Beginn seiner Amtszeit den Kampf der Tea-Party-Bewegung gegen die zentrale sozialpolitische Reform des Präsidenten Obama fort: den *Kampf gegen die Gesundheitsreform* („Obama-Care“). Zwar strichen die Republikaner im Jahre 2017 die Strafzahlung, die fällig werden sollte bei Nichtbeachtung der Versicherungspflicht. Aber der Oberste Gerichtshof hat konstatiert, es sei nicht seine Aufgabe, die Gesundheitsreform für verfassungswidrig zu erklären (Deutsche Welle, 11.11.2010).

*Wirtschafts- und gesellschaftspolitisch* bestimmt der *Neoliberalismus* Trumps Präsidentschaft auch im Bereich des Verhältnisses von *Wirtschaft, Gesellschaft und Natur*. Nach neoliberaler Doktrin (Hayek 1973: 60-72) bilden alle drei Bereiche, eben auch die Natur, eine „spontane Ordnung“, in die der Staat nicht regulierend eingreifen dürfe; Naturschutz, besonders der Klimaschutz, sei Staatsinterventionismus. – Am 4.11.2019 kündigen die USA ihren *Austritt aus dem UN-Klimaabkommen von Paris* für den frühest möglichen Zeitpunkt, also zum 4.11.2020, an. – In der im Dezember 2019 beginnenden Corona-Pandemie leugnet Trump, analog zur Klimapolitik, lange Zeit die Existenz der Gefahr und mißachtet öffentlichkeitswirksam jede Infektionsschutz-Maßnahme – bis er selbst erkrankt. Zwischendurch empfiehlt er seinem „Volk“ absurde Maßnahmen wie das Trinken von Desinfektionsmitteln – bis Teile seines Volkes dadurch halb vergiftet sind. Das Virus nennt er „chinesisch“, als ob es eine Staatsbürgerschaft besäße, und befeuert dadurch die Xenophobie des „Volkes“. Im Mai 2020 kündigt Trump den *Austritt aus der Weltgesundheits-Organisation* für den 6.7.2021 an: die WHO habe, china-hörig, die Pandemie erst möglich gemacht. – Auch innerhalb der USA gibt Trump die Natur der Ausbeutung preis. 2017 genehmigt der Präsident die ‚Dakota Access Öl-Pipeline‘, die durch das ‚*Standing Rock Sioux Reservat*‘ führt; der monatelange Protest Zehntausender Indianer wird durch Polizei und Nationalgarde beendet. Im September 2019 kündigt der Präsident die Freigabe der *Arctic Wildlife Reserve* im Norden Alaskas für die Gas- und Ölförderung; die Auktion für die Förderkonzession soll am 6.1.21 erfolgen.

*Innenpolitisch* bestimmt der *Populismus des Freund-Feind-Denkens* Trumps Präsidentschaft: das Verhältnis zu den *Mitgliedern seines Kabinetts* während der gesamten Amtszeit. Wer seinen Anweisungen nicht bedingungslos folgt, wer gar eigene Akzente der Politik setzt, wird entlassen. Kaum ein US-Präsident hat so viele Minister berufen und entlassen. – Das Außenministerium wird besetzt mit: Th. Shannon, R. Tillerson, J. Sullivan, M. Pompeo. – Das Verteidigungsministerium wird besetzt mit: J. Mattis, P. Shanahan, M. Esper, R. Spencer, M. Esper, C. Miller. – Das Justizministerium

wird besetzt mit: S. Yates, D. Boente, J. Sessions, M. Whitaker, W. Barr, J. Rosen. – Usf. Kaum ein Minister ist vom 20.1.2017 bis zum 20.1.2021 im Amt.

*Innenpolitisch* bestimmt der *Populismus des Freund-Feind-Denkens Trumps Präsidentschaft*: das *Verhältnis zur Presse*. Wer auf den Pressekonferenzen Fragen stellt, stellt – nach autoritativem Verständnis – den Präsidenten in Frage. Wer den Präsidenten in Frage stellt, verstößt gegen die Souveränität des Volkes, gegen die präsidential repräsentierte Wahrheit: Der Präsident denunziert, seit seinem Amtsantritt, die Presse als Lügen-Presse, als Produzentin von ‚fake news‘. Da der total herrschende Trump keine Fragen dulden kann, verkündet er die Wahrheit – seit seinem Amtsantritt an der Presse vorbei im Kurznachrichten-Dienst Twitter. Jeder Tag beginnt mit einem Tweet.

*Innenpolitisch* bestimmt der *Populismus des Freund-Feind-Denkens Trumps Präsidentschaft*: das *Verhältnis zu den Bürgern der USA*. Die Anhänger des Präsidenten, die ihm blind folgen, sind ‚das Volk‘. Die anderen gehören nicht dazu. Wer gegen Mißstände aufbegehrt, wer sich den Ordnungskräften – der Polizei und der Nationalgarde – nicht unterwirft, wird vom Präsidenten als ein Anhänger der ‚Antifa‘, wenn nicht als ein Terrorist denunziert. Durch die Ordnungskräfte wird der Wille des Präsidenten als Volkswille ausgeführt und durchgesetzt: *law and order* lautet der Imperativ. – Die Bürger der USA sind somit, dem *neoliberalen Populismus* und der *rassistischen Tradition* der USA entsprechend, biologisch ungleich (vgl. Hayek 1960: 106). Gehen rassistisch gesonnene Polizisten und Nationalgardisten gegen Afroamerikaner vor, sind sie – als Exekutive des Präsidenten – im Recht. – Am 25.5.2020 wird in Minneapolis (Minnesota) der Afroamerikaner *George Floyd* durch einen Polizisten getötet, der ihm das Knie auf den Hals drückt, bis der Tod eintritt; Floyd’s Flehen, „*I can’t breathe*“, mißachtet der Polizist. Der Polizeieinsatz erfolgt, weil Floyd im Verdacht steht, eine Schachtel Zigaretten mit einer gefälschten 20-Dollar-Note bezahlt zu haben. Die beteiligten Polizisten werden entlassen und inhaftiert. Die landesweiten Proteste, die der Tötung folgen, stehen unter dem Motto: „*Black lives matter*“. Der Satz: „*I can’t breathe*“ wird im Doppelsinn zur Anklage: gegen die Polizeigewalt; gegen den überproportionalen Anteil von Afroamerikanern an den Corona-Infizierten und –Toten, der ihren prekären Lebensverhältnissen geschuldet ist. Der Präsident läßt gegen die Gewalt der Demonstrierenden die Nationalgarde aufmarschieren. Die Gewalt der Polizei bleibt weitgehend ungesühnt. – Am 23.8.2020 wird der Afroamerikaner *Jacob Blake* in Kenosha (Wisconsin) von einem Polizisten – vor den Augen seiner Kinder – durch Schüsse in den Rücken so schwer verletzt, daß er seither gelähmt ist. Der Präsident schickt gegen die Proteste die Nationalgarde. Der Polizist wird nicht einmal angeklagt. – Diese beiden Akte der Polizeigewalt in den USA sind nur die weltweit bekannt gewordenen Fälle; sie stehen exemplarisch für die fast täglich ausgeführten Gewalttaten gegen Afroamerikaner.

*Außenpolitisch* bestimmt der *Populismus des Freund-Feind-Denkens Trumps Präsidentschaft*: das *Verhältnis zu internationalen Organisationen* wie dem Pariser-Klimaabkommen, der WHO, der NATO. Trump kennt keine Verbündeten mehr, nur noch: *America first*. – Dem Freund-Feind-Denken

entspricht der schon im Wahlkampf versprochene *Bau einer 1600 Kilometer langen Mauer gegenüber Mexico*, aus der real überwiegend der Bau neuer Grenzzäune auf einer Länge von etwa 500 km wurde. – Dem Freund-Feind-Denken entspricht das unmittelbar nach Amtsantritt verfügte *Verbot der Einreise von Menschen aus dem Nahen Osten*: eine ganze Weltregion, eine ganze Weltreligion wird unter Terror-Verdacht gestellt.

Trumps Präsidentschaft von 2017 bis 2021 sind Jahre des *Rechtspopulismus: der Herrschaft des „autoritären Charakters“*, der sich in einem *charismatischen Führer* anschaut und nach einer *neoliberalen Volks-Einheit*, nach einer *neoliberalen Volks-Ökonomie*, nach einer *neoliberalen Volks-Herrschaft* ohne Demokratie und Republik strebt. Der Rechtspopulismus Trumps und seines „Volkes“ ist eine Herrschaft, die sich auf die *faschistischen Prinzipien* stützt – auf Gott, auf das „Blut“, auf „Heimat“, auf „Patriotismus“, auf ein „ruhmreiches Schicksal“; dieser faschistische Rechtspopulismus richtet sich *gegen die neoliberale Globalisierung*. Das „Volk“ werde im internationalen Kampf siegen: verspricht der Präsident, in dem das „Volk“ wieder zum „Herrscher der Nation“ wird.

Am Ende der Präsidentschaft Donald Trumps zeigt sich, wie ernst seine *Inaugurationsrede* hätte genommen werden müssen.

3. November 2020: Regelkonform erfolgt die *Wahl des US-Präsidenten* nach vier Jahren Amtszeit. Die Kandidaten der Demokratischen Partei, Joe Biden (Präsident) und Kamala Harris (Vizepräsidentin), gewinnen die Stimmen von 306 Wahlleuten, Präsident Trump als Kandidat der Republikanischen Partei erreicht mit Mike Pence als Kandidat für die Vizepräsidentschaft nur 232 Stimmen. *Trump ist abgewählt*. – Nun *benötigt ein Präsident*, der beansprucht, in seiner Person das Volk zu sein, *keine formal-demokratische Wahl*. Er kann auch eine solche Wahl nur anerkennen, wenn er im Amt bestätigt wird. Die *Abwahl muß er auffassen als Angriff auf das Volk* als Souverän, das in ihm seine Herrschaft anschaut. Die *Abwahl muß er auffassen als Rechts-Bruch*, als Bruch mit dem Prinzip der Volkssouveränität, gar als Angriff auf die Volks-Einheit der USA. – Also beginnt Trump schon Wochen vor der Wahl, diese *Wahl in Frage zu stellen durch Betrugs-Verdächtigungen*. Sein Verdacht richtet sich zunächst gegen die Briefwahl. Der Präsident ruft, bereits ehe gewählt wird, Gerichte gegen das Wahlverfahren an. – *Nach der Wahl verkündet der Präsident*, bis zum Ende seiner Amtszeit: *Die Wahl sei ihm, sei dem Volk „gestohlen“ worden*. Also müssen die *Wahlhelfer* immer wieder nachzählen, bis endgültig geklärt scheint: die Stimm-Auszählungen hatten das korrekte Ergebnis erbracht. Also werden *Gerichte* in allen Bundesstaaten angerufen, die die Rechtmäßigkeit der Wahl bestätigen. Sogar das Oberste Bundesgericht, gerade noch von Trump mit einer konservativen Juristin ausgestattet, weist die Klage ab. Aber ein Präsident, der sich als souveränes Volk weiß, kann eine *Abwahl nur als Diebstahl, als Betrug, als Widerstand gegen das Volk* auffassen – gegen jene US-Amerikaner, die dem Präsidenten als Volk gelten, weil sie ihm folgen, weil sie ihn gewählt haben. Andere gehören nicht zum ‚Volk‘ des Präsidenten. Also stimmt jenes Volk, tautologisch, seinem Führer zu, mit großer, steigender Wut gegen die Diebe der Wahlhelfer, der Ge-

richte, der Abgeordneten im Repräsentantenhaus, der Senatoren im Senat. Da *Trumps Anhänger sich als Volk der USA wännen*, stehen sie auf gegen das bestehende politische System, gegen die un-amerikanischen Amerikaner: sie, ihr Präsident, sind die Wahlsieger – per definitionem können sie gar nicht verloren haben.

*Washington, 6. Januar 2021.* Im *Capitol* versammelt sich der Kongreß: die Abgeordneten des Repräsentantenhauses und die Senatoren, unter dem Vorsitz des Vizepräsidenten Mike Pence, um die Stimmen der Wahlleute feierlich entgegenzunehmen und das *Ergebnis der Präsidenten-Wahl* endgültig zu beglaubigen. – Der Termin ist lange bekannt. Trumps „Bewegung“ kann rechtzeitig zu einer großen Demonstration gegen die Verkündung des Wahlergebnisses aufrufen, zum ‚*Save America March*‘ – unter Mitwirkung des Präsidenten, der ankündigt: „It’s gonna be big!“, „It’s gonna be wild!“ Mehrere Zehntausend Demonstrierende versammeln sich in der Nähe des Capitol. Trumps Rechtsanwalt *Rudy Giuliani*, der vor vielen Gerichten gegen den vermeintlichen Diebstahl der Wahl geklagt hat, spricht zu den Demonstrierenden und heizt nicht nur mit seinen Worten, sondern auch mit seiner Stimme die Wut der Demonstrierenden an. Dann *spricht der Präsident*, suggestiv, scharf, aufrührerisch: „Unser Land hat genug. Wir werden das nicht mehr ertragen, und darum geht es hier. (...) Wir werden den Diebstahl stoppen. Heute werde ich nur einige Beweise darlegen, die belegen, daß wir diese Wahl ... erdrutschartig gewonnen“ haben. Beweise liefert der Präsident wiederum nicht. Niemand hatte bisher Beweise gefunden. Der Beweis, von dem Trump annimmt, es handele sich um einen solchen, ist: Er habe fast 75 Millionen Stimmen gewonnen – „Glaubt irgend jemand, daß Joe 80 Millionen hatte? (...) Er hatte 80 Millionen Computer Stimmen. (...) Es ist eine Schande.“ Er, Trump, werde es „nicht zulassen, daß sie Eure Stimmen zum Schweigen bringen.“ Trump fordert, am Ende der Rede, zum Marsch auf das Capitol auf: „Also werden wir die Pennsylvania Avenue hinuntergehen ... und wir werden zum Capitol gehen und wir werden ... versuchen, unseren Republikanern ... den Stolz und die Stärke zu geben, die sie brauchen, um unser Land zurückzuerobern, und ich werde bei Euch sein.“ Es ist ein Aufruf, sich gegen die im Capitol versammelten Senatoren und Abgeordneten zu erheben, die nicht nur die Wahl, sondern das Land gestohlen hätten: Es ist ein *Aufruf zum Staatsstreich*, zu einer *neoliberalen Revolte von rechts*: es ist ein Aufruf, die bestehende formale Demokratie, die verfassungsmäßige Ordnung der USA umzustürzen, um an ihre Stelle das *faschistische Prinzip* zu setzen: ein Volk, eine Bewegung, ein Land, ein Führer (vgl. Schmitt 1934). – Also folgt das Volk dem Aufruf: *Tausende, teils schwer bewaffnet, marschieren zum Capitol*, das offenbar kaum bewacht ist, obwohl die Demonstration lange bekannt war, obwohl bei großen Demonstrationen stets ein großes Aufgebot von Polizei und Nationalgarde präsent ist. Die Aufrührer dringen ins Innere des Capitol ein, verwüsten Büros, suchen nach flüchtenden Abgeordneten und vor allem nach Nancy Pelosi, der Sprecherin des Repräsentantenhauses; sie suchen nach den Truhen, in denen die Stimmen der Wahlleute verwahrt sind; sie bringen Plastik-Fesseln mit, errichten für den ‚Verräter‘ Mike Pence vor dem Capitol einen Galgen – weil er sich geweigert hatte, das Abstimmungsergebnis der Wahl für nichtig zu erklären.

Einige Polizisten schießen auf den Mob; andere Polizisten lassen sich mit den Aufrührern fotografieren. Fünf Menschen sterben. Der Präsident weigert sich, die Nationalgarde zu rufen – das übernimmt später der Vizepräsident. – Die Sitzung des Kongresses muß für Stunden unterbrochen werden, bis der Aufruhr durch Polizei und Nationalgarde beendet werden kann. Endlich wird das Ergebnis verkündet: 306 Stimmen für Joe Biden, 232 Stimmen für Donald Trump. Der *Staatsstreich von rechts* ist gescheitert, vorläufig. Biden spricht, in einer kurzen Stellungnahme während der Besetzung des Capitol, von „Aufruhr“. Die *Deutsche Botschaft* in Washington hingegen nennt in einem Bericht an das Auswärtige Amt in Berlin vom 7.1.2021 die Erstürmung des Capitol einen „in mehreren Etappen inszenierten Staatsstreich“ (Süddeutsche Zeitung. Online. 8.1.2021. 19.00 Uhr).

6. bis 20. Januar 2021: Angesichts des vom Präsidenten angeleiteten Aufruhrs fordern die Demokraten den Vizepräsidenten auf, den Präsidenten nach dem 25. Amendment der Verfassung wegen Amtsunfähigkeit abzusetzen. Als Pence die gesetzte Frist verstreichen läßt, wird ein neues *Impeachment* eingeleitet, das einen einzigen Grund der geforderten Amtsenthebung aufführt: „Anstiftung zum Aufruhr“. – Erst jetzt, als überdeutlich ist, daß mit einem Präsidenten Trump kein Geld mehr zu verdienen ist, wenden sich Groß-Konzerne der USA gegen den Tribun: Twitter und Facebook, Instagram und Deutsche Bank, Stripe (Online-Bezahldienst), Signature Bank und Professional Bank. Großkonzerne wie American Express und Marriott (Hotels) stellen ihre Spenden an republikanische Abgeordnete ein, andere, wie IBM und General Motors, verurteilen Trumps Anstachelung zum Aufruhr vom 6. Januar. – Aber der Aufruhr vom 6. Januar ist durch die Beglaubigung des Wahlergebnisses nicht erledigt: *Die gesellschaftliche Basis einer Revolte von rechts existiert*. Auch ein Präsident Biden wird diese Basis nicht einfach durch eine versöhnende Politik auflösen können. Die *Widersprüche der gesellschaftlichen Verhältnisse*, die Trump in seiner *Inaugurationsrede* bezeichnet und die er nicht überwunden, sondern explosiv vertieft hat: die Spaltung der US-Amerikaner in Reiche und Arme, in Weiße und Afroamerikaner, in Latinos und Indigene, in Befürworter einer sozialstaatlichen Reformpolitik und radikale Neoliberaler, in Verfechter der Verfassung und in Faschisten und völkische Rassisten, in politische Rationalisten und Irrationalisten, ist durch keinen Präsidenten, schon gar nicht innerhalb von vier Jahren, zu glätten. Die Verhältnisse sind das vorläufige Resultat des Verfalls der Gesellschaft des klassischen Liberalismus zur Gemeinschaft des Neoliberalismus, in dem die Geschichte der gesellschaftlichen Gewalt in neuen Formen und unverstellt in Erscheinung tritt. – Nach dem 6. Januar kündigen Trump-Anhänger auf der Social-Media-Plattform ‚Parler‘ einen neuen *Marsch zur Amtseinführung Bidens* am 20. Januar an: einen ‚*Million Militia March*‘ – einen Marsch auf Washington sowie auf die Hauptstädte aller Bundesstaaten – der manifestiert, daß der Angriff auf den Kongreß vom 6.1.2021, auf die Verfassung der USA, nicht das Ende des Aufruhrs war.

20. Januar 2021: Vereidigung des neuen Präsidenten Joe Biden und der neuen Vizepräsidentin Kamala Harris.



Die Szenerie erscheint surreal. Die *Corona-Pandemie*, durch die bis zu diesem Tag etwa 400.000 US-Amerikaner starben, zwingt alle Teilnehmer der Zeremonie, eine Maske zu tragen. Die Pandemie zwingt dazu, die Zahl der Teilnehmenden auf etwa 200 zu beschränken. Die Pandemie zwingt dazu, daß auf der National Mall zwischen dem Capitol und dem Lincoln Memorial statt hunderttausender Bürger 200.000 US-Flaggen aufgestellt sind.

Surreal erscheint die Szenerie vor allem, weil die Vereidigung genau dort stattfindet, wo 14 Tage zuvor eine ‚*Revolution von rechts*‘ versucht wurde: der Versuch, die endgültige Anerkennung des Wahlsiegs Bidens zu verhindern: durch den Diebstahl der Truhen mit den Wahl-Dokumenten der Wahlmänner; durch die gezielte Suche nach der Sprecherin des Repräsentantenhauses Nancy Pelosi, um sie gefangen zu nehmen; durch die Suche nach dem ‚Verräter‘, dem Vizepräsidenten Mike Pence, für den schon der Galgen aufgerichtet war; durch die Verwüstung von Sitzungssaal und Abgeordneten-Büros; durch die Ausrufung von Donald Trump als Präsident der USA, nachdem das zuvor Versuchte geglückt wäre. – Und nun: Trump hat schon Tage zuvor angekündigt, an der Zeremonie nicht teilzunehmen; er hat sich am Weißen Haus verabschiedet und ist mit der Präsidentenmaschine auf sein Anwesen nach Florida abgereist, mitsamt des Koffers mit dem Code zum Befehl eines atomaren Angriffs. – Und nun? *Trump ist nicht da*. Seine *militanten Anhänger* – Neo-Nationalsozialisten, Rassisten, ultra-orthodoxe Christen, die Verschwörungstheoretiker von Qanon, Anhänger der National Rifle Association, dazu die etwas selbst-kontrollierteren Anhänger des alten Präsidenten und der Republikanischen Partei – sind *ebenfalls nicht da*. Der ‚*Million Militia March*‘ hat nicht stattgefunden. 26.000 Nationalgardisten sind präsent, auf Corona und Zuverlässigkeit getestet; zwölf wurden nach Hause geschickt, weil zu befürchten war, daß sie ihre Waffen auf die Teilnehmer der Zeremonie richten würden. Korrespondenten berichten, Washington gliche einer leeren, befestigten Stadt: Im Umkreis von fünf Kilometern ist das Capitol abgeriegelt.

Surreal erscheint die Szenerie, nach den Jahren der Präsidentschaft Trumps: Da steht ein zivilisierter älterer Herr als neuer Präsident statt eines wirr wirkenden, stets mit der grimmigen Miene eines Wutbürgers auftretenden alten Präsidenten; da steht eine Frau (!), noch dazu indisch-jamaikanischer Herkunft (!), als neue Vizepräsidentin. Bekannt sind bereits die nominierten Minister des Kabinetts, die sich durch Sachkenntnis und Erfahrung auszeichnen. Der neue Präsident will im Oval Office wieder die Bilder von Benjamin Franklin aufhängen, von Franklin D. Roosevelt, vom Gewerkschafter und Menschenrechtler César Chávez. Der Grenzzaun nach Mexico soll nicht weiter gebaut werden; Biden will die USA wieder in die WHO und das Pariser Klima-Schutzabkommen einführen. Trumps Finanzierung zur Ausarbeitung eines neuen Geschichtsbildes soll gestoppt werden. – Es ist, allerdings nicht für die 75 Millionen Trump-Wähler, als ob ein Alptraum sich auflöste. Hoffnung scheint auf, aber eine mit der Furcht vor einer neuerlichen Revolte von rechts belastete Hoffnung. Aber die USA sind, auch ohne Trump, als Land der Hoffnung längst verblichen; es bleibt Erleichterung, daß es unter Trump zu keinen unkontrollierten Militäreinsätzen kam, zu keinem Krieg gegen Nordkorea etwa oder gegen den Iran – oder gegen Cuba, oder gegen Venezuela. – Die Pop-Ikone

Lady Gaga singt mit Inbrunst die Hymne, die einst – während des Vietnam-Krieges – von Jimi Hendrix genial in ein rhythmisches Chaos der aufkreisenden, wummernden, heulenden Gitarre aufgelöst worden war; eine Interpretation der Hymne, die jetzt nicht unangebrachter erschienen wäre.

*Trump ist abwesend, doch seine Anhänger sind anwesend:* Nicht nur jene, die das Capitol erstürmten und die USA in eine rechtspopulistische Diktatur verwandeln wollten, sondern seine fast 75 Millionen Wähler, die nach vier Jahren Präsidentschaft wußten, wen sie wählten. Ihre Präsenz zeigt sich an der Präsenz der Nationalgarde, an den Sicherheitsmaßnahmen zum Schutz der verfassungsmäßigen Zeremonie, der verfassungsmäßigen Ordnung. Der formal-demokratisch ermittelte Volks-Wille muß mit militärischen Mitteln gegen den prätendierten Volks-Willen der Rechtspopulisten verteidigt und durchgesetzt werden.

Vor allem die *Inaugurationsrede Bidens* belegt, wie *präsent der Rechtspopulismus, die Drohung einer Revolte zur Beseitigung der verfassungsmäßigen Ordnung der USA*, zur Implementierung einer neofaschistisch-neoliberalen „totalen“ Herrschaft eines völkischen Präsidenten, ist. Kein Wort des neuen Präsidenten, das nicht die Antwort auf die abgewendete *rechtspopulistische Diktatur Trumps* ist. Aber der Name fällt nicht: Donald Trump.

Biden erinnert in seiner *Inaugurationsrede* gleich anfangs an die *Ereignisse des 6. Januar*. Er nennt die Erstürmung des Capitol eine „Feuerprobe für die Geschichtsbücher“: „An diesem ehrwürdigen Ort, an dem vor nur wenigen Tagen mit Gewalt die Grundfesten des Capitols erschüttert werden sollten, ...“ Mit „Gewalt“, erklärt der neue Präsident, habe ein „randalierender Mob“ versucht, den „Willen des Volkes (zu) ersticken“ und „uns von diesem ehrwürdigen Ort (zu) vertreiben.“ Jene Erstürmung sei nicht nur ein „Angriff auf unsere Demokratie“ gewesen, sondern ein „Krieg“, ein *innerer Krieg der USA*, in dem „Republikaner gegen Demokraten kämpfen, das Land gegen die Stadt, die Konservativen gegen die Liberalen.“ Aber „Amerika hat sich dieser Prüfung gewachsen gezeigt“. Das sei ein „Triumph der Demokratie“: „der Wille des Volkes wurde gehört“. Die „Verfassung“ wurde verteidigt.

Diesen *inneren Krieg* der USA stellt Biden in den Kontext der *„Kaskade der Krisen unserer Zeit“*: „Ein gefährliches Virus, wachsende Ungleichheit, den Stachel des systemischen Rassismus, die Klimakrise“. Er führt weitere Krisen auf: Arbeitslosigkeit; Unternehmens-Insolvenzen; „politischer Extremismus“ und „inländischer Terrorismus“; „Wut, Groll und Hass“; „Gesetzlosigkeit, Gewalt“; „Hoffnungslosigkeit“; „Angst“; „Bitterkeit und Wut“; Manipulation und Erfindung von „Fakten“; „Lügen, die aus Macht- und Profiterwägungen erzählt werden“; soziale Unsicherheiten in den Bereichen der Krankenversicherung und der privaten Verschuldung von Hausbesitzern.

Diesen *Krisen*, diesen Widersprüchen setzt Biden entgegen: die *Einheit der „Vereinigten Staaten von Amerika“*; die *Verteidigung von Verfassung und Demokratie*; die *„Wahrheit“*. – Zentral ist die

Einheit, die *kollektive Identität der USA*: „Was lieben wir als Amerikaner, was macht uns aus? ... Chancen, Sicherheit, Freiheit, Würde, Respekt, Ehre, und ja, die Wahrheit.“ Das *setzt Biden voraus*, das setzt er dem inneren Kriegszustand der USA *entgegen*.

Indem Biden eine *vorausgesetzte Identität der USA* dem „Krieg“, dem Angriff auf die Verfassung, die Demokratie und die Wahrheit *entgegensetzt*, *begreift er nicht*, was – nach dieser Inaugurationsrede – die Aufgabe der neuen Regierung ist: die Verwirklichung der „Einigkeit“ des „zerrissenen Landes“. *Er begreift den Gesellschafts-Krieg, der die USA zerreißt, nicht*. – Durch die Form des Gegensatzes erscheint die *Zerstörung der Einheit*, die innere Spaltung des Landes, als Werk *anonymer „Kräfte“*, die „stark und real“ sind. Durch die Form des Gegensatzes begreift er die Verwirklichung der Einheit als „Kampf“ „gegen unsere Widersacher“; als „Kampf zwischen dem amerikanischen Ideal ... und der häßlichen Realität“, als „Schlacht“ – also doch: als *Fortsetzung des „totalen Krieges“*, der gerade überwunden und „beendet“ werden soll?

Der neue Präsident, der die *gesellschaftlichen Gründe des inneren Krieges nicht begreift*, wirkt hilflos angesichts der Aufgabe, wie die „Widersacher“ in die „Vereinigten Staaten“, wie sie wieder auf dem Fundament der verfassungsmäßigen Ordnung integriert werden können? – Er versucht es mit der Aussicht auf die *Überwindung der Krisen*: „Menschen gute Jobs verschaffen“; „sichere Schulen“; das „tödliche Virus überwinden“; die „Wirtschaft und die Mittelschicht wieder aufbauen; „Rassengerechtigkeit sichern“; „Amerika wieder zum Anführer des Guten in der Welt machen“. – In diesem Versuch der Krisen-Überwindung ist die *Erkenntnis* enthalten: daß die Angreifer auf das Capitol, daß die von Trump proklamierte „historische Bewegung“ die Reaktion auf die „Kaskade der Krisen unserer Zeit“ ist. Was Biden *nicht begreift* ist: Warum diese Krisen in diesen „Krieg“ gegen Verfassung, Demokratie und Wahrheit führten? – Das völlige Unverständnis über diesen *Zusammenhang von Krisen und Aufruhr* indiziert, daß die *Einheit*, die der neue Präsident dem *Gesellschaftskrieg* entgegensetzt, *über diesen nicht substantiell hinaus* ist.

Indem Biden die *Identität der USA* „unseren Widersachern“ *entgegensetzt*, *setzt er die beschworene Einheit voraus*, begreift also diese Identität so wenig wie die „Kräfte“ der Zerstörung. – Worin besteht die *Einheit*? Bidens zentrales Dogma ist: Die „Einheit“ der *Vereinigten Staaten* von Amerika ist *keine konformistische Einheit*, in der Mißtrauen und Kampf herrscht gegen jene, „die nicht aussehen wie Sie, nicht beten wie Sie oder ihre Nachrichten nicht aus derselben Quelle bekommen wie Sie.“ Die *Einheit* bestehe in einer durch „Toleranz und Milde“, durch Empathie begründeten *Meinungsfreiheit*: daß „wir“ „geteilter Meinung“ sein können ohne einen „Krieg“ gegeneinander zu führen. Die Wiederherstellung der Verfassung, der Demokratie, der Wahrheit beruhe auf einer „Meinung“, die im Widerstreit mit der entgegengesetzten Meinung sei und gegen diese „siegen“ solle. Die Aufrührer, die das Capitol erstürmten, vertraten also, nach der impliziten Überlegung Bidens, eine Meinung, nur eben ohne „Toleranz und Milde“. Bidens Projekt ist demnach: die *Herstellung der Einheit* des Landes durch die *Pazifizierung des Meinungsstreites* – gleichsam durch einen Waffen-

stillstand, nicht durch einen „ewigen Frieden“ (vgl. Kant, Bd. XI: 196).

Nun ist die *Inaugurationsrede* eines gerade vereidigten Präsidenten der USA keine gesellschaftstheoretische Abhandlung. Aber sie ist doch der Entwurf, das leitende Programm der Politik des Präsidenten und muß daher ernst genommen werden; das Beispiel Trumps belegt, daß die Inaugurationsrede keine Sonntagsrede zur seelischen Erbauung ist.

Biden wendet sich in seiner Rede, ganz unverkennbar, *gegen die Politik seines Amtsvorgängers und gegen den „randalierenden Mob“*, der das Capitol erstürmte und die Revolution von rechts versuchte. Die Massenmedien sind dem gefolgt: Der Aufruhr wird individualisiert, auf jenen „Mob“ reduziert; Bilder zeigen immer wieder den Pseudo-Schamanen, der den Verschwörungsmythos von QAnan vertritt und seinen Körper bunt bemalt hat. Das läßt sich medial offenbar gut vermarkten und sieht hinreichend verschreckend-attraktiv aus. – Nun ist, bei Bidens Amtseinführung, der *Auf- ruhr des „Mobs“ ausgeblieben*. Biden verbreitet Optimismus: „die Demokratie“ habe sich „durchgesetzt“. Seit G. Le Bons *Psychologie der Massen* (1895) ist indes bekannt, daß Massen in sich zerfallen, sobald der „Führer“ fällt: Denn Massen bestehen aus Einzelnen, die sich als „ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse“ nicht wissen und daher atomisiert sind. Zusammengehalten werden sie durch eine charismatische Figur – den Führer (Freud, Bd. IX: 90 f.). Trump ist nun zweimal absent: am 6.1.2021 beim Sturm auf das Capitol, am 20.1.2021 bei der Vereidigung Bidens, bei der er das „Establishment“ hätte vertreiben müssen. So ist die aufrührerische Masse zerfallen – aber die Atome der Masse sind durchaus präsent. Biden ahnt das: Es gelte, die „Demokratie“ „wiederherzustellen“, das Zerstörte „aufzubauen“.

Der „Mob“ drückt indes etwas wesentlich Allgemeineres, Substantielleres aus: Trump hat, nach vier Jahren Amtszeit, die Stimmen von etwa *75 Millionen Amerikanern* erhalten, die nun endgültig wußten, wen sie wählten. Sie haben einen Kandidaten gewählt, der wiederholt und explizit ausgesagt und vorgeführt hat: daß die *Macht eines Präsidenten „total“* sei, daß der *Präsident über der Verfassung und den Gesetzen des Landes stehe*. Die Wähler Trumps haben sich gegen die republikanische und demokratische Verfassung der USA entschieden und für einen Präsidenten, der diktatorische Macht beansprucht: sie haben sich für eine *pseudo-demokratische, autoritäre, rechtspopulistische Ordnung* entschieden – für eine Ordnung, die den Rassismus und den Faschismus in sich aufgehoben hat. Darauf hat der neue Präsident keine Antwort, weil ihm diese *Negation der US-amerikanischen Version eines „Verfassungspatriotismus“* (Habermas) unerklärlich ist.

Die Ereignisse des 6. Januar 2021 in Washington haben zum wiederholten Mal nachdrücklich die Aufgabe gestellt: Den Zusammenhang zu begreifen und aufzuklären, der zwischen der *Krise des globalisierten Neoliberalismus* und der *Globalisierungskritik des völkischen Neoliberalismus* besteht.

## Literatur

Adorno, Th. W. (1944/47): Minima Moralia. Frankfurt 1971

Adorno, Th. W. (GS 10.2): Gesammelte Schriften 10.2. Frankfurt 1977

AfD / Alternative für Deutschland (2016): Grundsatzprogramm der AfD. Leitantrag der Bundesprogrammkommission und des Bundesvorstandes. Vorlage zum Bundesparteitag am 30.4.2016 / 1.5.2016

Biden, Joseph (20.1.2021): Inaugurationsrede

Dühring, E. (1881): Die Judenfrage. Racen-, Sitten- und Culturfrage. Karlsruhe und Leipzig 1881

Fichte, J. G. (1808): Reden an die deutsche Nation. Hamburg, 5. Auflage 1978

Freud, S. (1921): Massenpsychologie und Ich-Analyse. In: Studienausgabe Band IX. Frankfurt 1974: 61-134

Freyer, H. (1931): Revolution von rechts. Jena 1931

Friedman, M. (1962): Kapitalismus und Freiheit. Frankfurt 2002

GG / Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland

Hayek, F. A. von (1944): Der Weg zur Knechtschaft. 2. Auflage, München 1971

Hayek, F. A. von (1952): Mißbrauch und Verfall der Vernunft. Tübingen, 3. Auflage 2004

Hayek, F. A. von (1960): Die Verfassung der Freiheit. Tübingen, 3. Auflage 1991

Hayek, F. A. von (1973): Recht, Gesetzgebung und Freiheit. Band 1: Regeln und Ordnung. Landsberg, 2. Auflage 1986

Hilferding, R. (1910): Das Finanzkapital. Köln 1968

Kant, I. (Bd. XI): Werkausgabe Band XI. Frankfurt 1977

Reich, W. (1933): Massenpsychologie des Faschismus. Kopenhagen, Prag, Zürich 1933

Rousseau, J. J. (1762): Vom Gesellschaftsvertrag oder Prinzipien des Staatsrechts. Stuttgart 1974

Schmitt, C. (1932): Der Begriff des Politischen. Berlin 1932

Schmitt, C. (1934): Staat, Bewegung, Volk. Der deutsche Staat der Gegenwart. Heft 1. Hamburg 1934

Stapelfeldt, G. (2009): Kapitalistische Weltökonomie. Vom Staatsinterventionismus zum Neoliberalismus. Kritik der ökonomischen Rationalität. Vierter Band,, 2. Buch. Hamburg 2009

Trump, Donald (20.1.2017): Inaugurationsrede